

ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT

TATblatt

Projekt
Zweittageszeitung

alle 14 Tage
am Samstag

MINUS 62 NUMMER

(17/90)

23. OKTOBER 1990

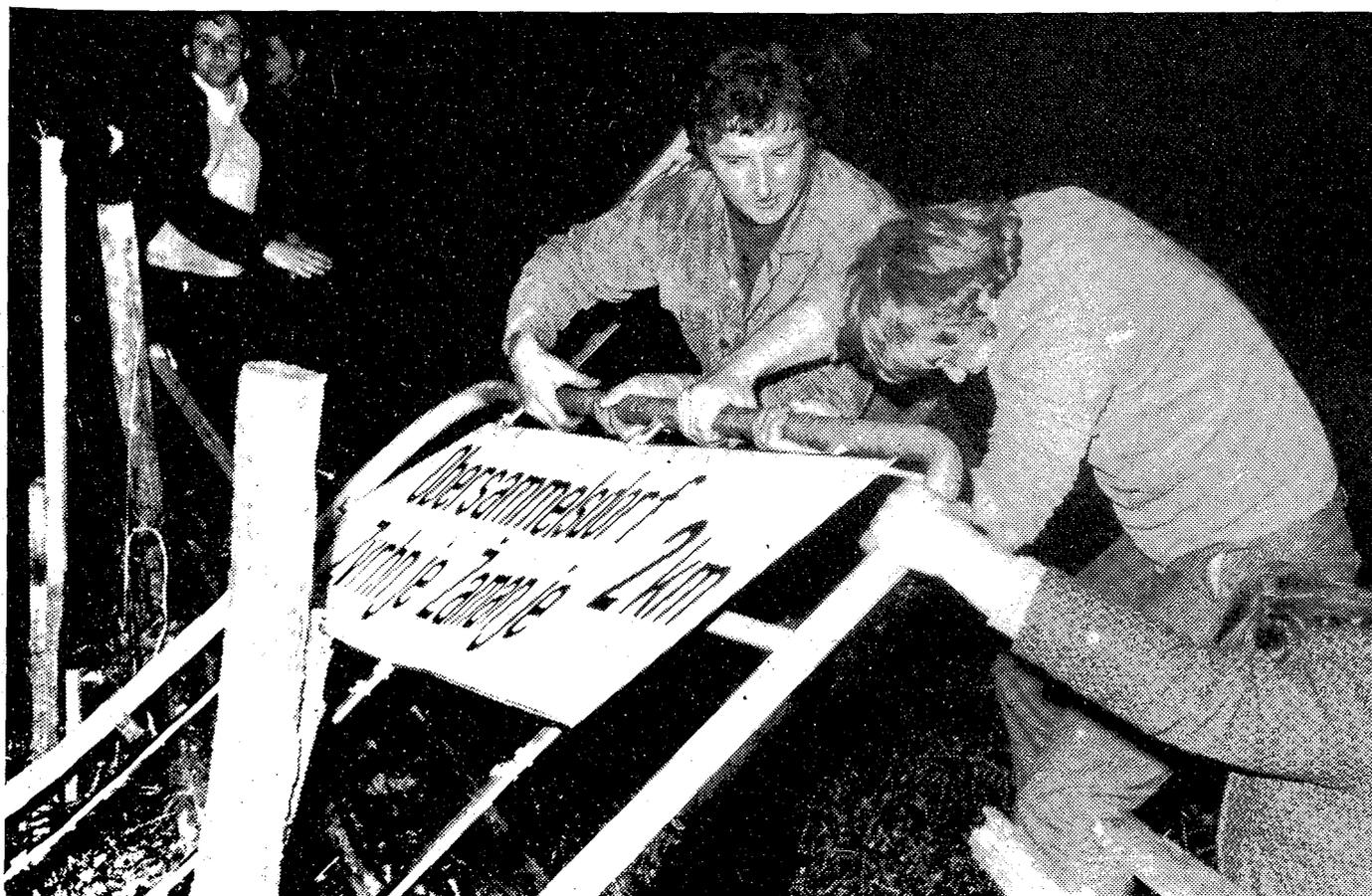
Preis

Das Glück, das nicht im Süden unten liegt, sondern im hohen Norden

Zweieinhalb Stunden marschierte der acht Kilometer lange Festzug an den Ehrengästen und den 70.000 ZuschauerInnen vorbei. Eichenlaub und NS-Abzeichen wurden ohne Scheu getra-

gen. Die „Gleichberechtigung“ für die Mehrheit wurde gefordert. Ein Bericht über die Feiern zum 10. Oktober 1970 in Kärnten auf Seite 10.

Archivfoto: Založba Drava Verlag



Wien:

Polizeiterror gegen Fahrrad-Demos

3 brutale Festnahmen setzten den Schlußpunkt unter die Radl-Demo vom Freitag, 19. Oktober. (Seite 2)
Doch die schnellen Speiche reißt nicht ab:
Treffpunkt:
jeden Freitag um 16 Uhr am
Wiener Rathausplatz

Von der Lust an der List

Die listigen Umtriebe der
Wehrdienstverweigerer und
wie Lichal ihrer Herr
werden will.

ab Seite 5

Psychiatrie: Der Wahnsinn hat Methode

Prozeß wegen übler Nachrede gegen die
Verfasserin eines offenen Briefes am
6. November in Innsbruck.
Frauensolidarität gegen
Kriminalisierung von Frauenwiderstand.
Seite 9

Die neue Straßenverkehrsordnung

Brachialstaatsgewalt gegen RadfahrerInnen

Seit vier Monaten radelt sie nun schon durch Wien. Jeden Freitag, ab 16 Uhr: Die Radldemo gegen den Autoverkehr, seinen Belastungen, und die ganze Verkehrspolitik. Mal sind es fünfzig Leute, mal mehrere hundert, die teilnehmen.

Seit ein paar Wochen geben sich auch immer wieder ein paar Hundertschaften der Sicherheitswache die Ehre. Festnahmen waren die wöchentliche Folge. So brutal wie am 19. Oktober war die Polizei bei Radldemos aber noch nie.

(TATblatt-Wien)

Freitag, 19. Oktober: Kurz nach 16 Uhr radelte die wöchentliche Radldemo los. Bei den Behörden war sie rechtmäßig angezeigt worden. Als „Bildungsfahrt“ zum Verkehrssymposium „PostAuto“ in der Volkshochschule Hietzing. Die Behörden wollten von dieser Anmeldung allerdings nichts geußt haben.

Zur Abwechslung mal wieder ohne Polizeibegleitung ging es los, über die Zweierlinie zur Wienzeile und diese entlang. So nach und nach erschien zuerst bemannte Polizeimotorräder, die sogenannten „Weißen Mäuse“, dann Funkstreifen und Kommandowägen. Die RadlerInnen wurden wiederholt aufgefordert, hintereinander zu fahren, was sie freilich nicht taten. Schließlich wollten sie demonstrieren, was übrigens zu keinem Zeitpunkt untersagt worden ist. Es folgten die üblichen verbalen Streitereien, und da viele Leute möglichst rasch zu dem Symposium in Hietzing gelangen wollten, wurde auch ein unübliches Abkommen mit der Polizei geschlossen: Wir wollten einen Fahrstreifen beanspruchen, was uns, unserer Ansicht nach, als Gruppe, die in geschlossenem Zug unterwegs war, auch zustand, und versprachen den Rest der Straße nicht mehr zu blockieren. Im Gegenzug versprach der leitende Offizier, uns alle ungestört fahren zu lassen. Die Vereinbarung wurde von beiden Seiten in ungefähr dem gleichen Ausmaß, so ziemlich lückenlos, eingehalten.

Irgendwann hörten ein paar Leute aus einem Polizeifunkgerät einer weißen Maus „Weisung, bei [??] einschreiten!“ Dem wurde nicht allzuviel Bedeutung beigemessen, was sich aber als Irrtum erweisen sollte.

Nach der nächsten Ecke (Wien 12, Am Fasangarten, eine ziemlich stark befahrene Straße) fand die Bildungsfahrt ihr Ende. Ein ziviles Polizeifahrzeug (grüner BMW 316i) mit Polizeikennzeichen BP 295 (weiß auf schwarz) und Blaulichtern stand am Gehsteig, zwei oder drei zivile Polizisten (ob Staats- oder Kriminalpolizei ist nicht klar) winkten die RadlerInnen an den Straßenrand und verlangten die Personalien. Begründet wurde dies entweder gar nicht oder mit angeblichen Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung. So als ob die Verkehrsüberwachung das neue Aufgabengebiet von KriPo oder StaPo wäre. Es kam zu Diskussionen und Streitereien.

Die Beamten waren wie üblich weder bereit, sich auszuweisen noch die Dienst-

nummer zu verraten. Ein Beamter, mutmaßlich der leitende Behördenvertreter, zeigte nach mehrmaligen Aufforderungen zumindestens seine Kokarde, und verriet schließlich auch die Dienstnummer. Ob es die richtige war, war nicht nachprüfbar. Wir konnten es glauben, oder auch nicht. 1255, soll sie übrigens gelautet haben.

Während der Streitereien fuhren inzwischen so nach und nach mehrere Mannschaftswägen der Alarmabteilungseinheit WEGA vor. Die Alarmis mischten sich in ihren grauen Kampfanzügen unter die Leute. Plötzlich wurde ein Radler, H., festgenommen. Er dürfte vorher irgendetwas gesagt haben.

H. klammerte sich erschrocken an sein Fahrrad. Die Alarmis nutzten dies sofort aus, um ihm sämtliche greifbaren Körper-

teile so um den Fahrradrahmen herumzuwurschteln und daran anzuzerren und zu reißen, daß H. unentwegt vor Schmerzen schreien mußte. Sein Kopf befand sich so unglücklich vor der Fahrradquerstange, daß bei jedem der zahlreichen Kopf-Zurück-Reiß-Aktionen durch einen Alarmi das Genick einer waghalsigen Belastungsprobe ausgesetzt war. Irgendwann wurde mit den Mißhandlungen aufgehört, der sich nicht mehr rühren könnende H. in den ArrestantInnenwagen getragen. Während den Mißhandlungen schrie eine andere Demonstrantin, U., die das gesehen hatte, entsetzt in die Polizistenmenge: „Was machen Sie da?“ Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten: U. wurde umgehend weggezerrt und festgenommen.

Nur wenig später wurde eine weitere De-

Auszug aus der österreichischen Straßenverkehrsordnung

(Stand 1. März 1989)

§ 29. Geschlossene Züge von Straßenbenützern

(1) Geschlossene Züge von Straßenbenützern, insbesondere Kinder- und Schülergruppen in Begleitung einer Aufsichtsperson, geschlossene Verbände des Bundesheeres oder des Sicherheitsdienstes (einschließlich der dazugehörigen Fahrzeuge), Prozessionen und Leichenzüge, dürfen nur von Lenkern von Einsatzfahrzeugen (§ 2 Abs. 1 Z. 25) und, wenn dies aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs dringend erforderlich ist und keine andere Maßnahme ausreicht, von Organen der Straßenaufsicht unterbrochen oder in ihrer Fortbewegung behindert werden.

Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofs:

1. Das Verbot des § 29 Abs. 1 ist nicht auf den Querverkehr einzuschränken. Die einzelnen Glieder eines geschlossenen Zuges befinden sich in einem engeren Abstand, der jedoch verschieden groß sein kann. Einen geschlossenen Zug bilden z. B. sieben Sicherheitsorgane auf Motorrädern, eines an der Spitze, dahinter sechs in Doppelreihe (VwGH 27. 2. 1987, 137/86; ZVR 1988, 46).

§ 97. Organe der Straßenaufsicht

(4) Die Organe der Straßenaufsicht sowie die nach Abs. 3 betrauten Organe sind, wenn es die Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des sich bewegenden oder die Ordnung des ruhenden Verkehrs erfordert, berechtigt, einzelnen Straßenbenützern für den Einzelfall Anordnungen für die Benützung der Straße zu erteilen, und zwar auch solche, die von den sonstigen diesbezüglichen Bestimmungen abweichen. Diese Anordnungen dürfen

b) nur befolgt werden, wenn dies ohne Gefährdung von Personen und ohne Beschädigung von Sachen möglich ist.

FAHRRADDEMO: TREFFPUNKT JEDEN FREITAG 16 UHR, WIEN — RATHAUSPLATZ

monstrantin, S., festgenommen und in einen ArrestantInnenwagen gestoßen. Dann waren nur mehr Schmerzensschreie zu hören.

Nach etwa einer guten halben Stunde fuhren die anderen DemonstrantInnen weiter. Es schien aussichtslos, noch irgendetwas für die Festgenommenen tun zu können. Einige fuhren wie geplant in die Volkshochschule, andere zurück in die Innenstadt. Die ziemlich eingeschüchterten Gruppen wurden bis zuletzt von Polizei begleitet, und, obwohl sie alle hintereinander fuhren, mehrmals hämisch über Lautsprecher aufgefordert, hintereinander zu fahren, weil ansonsten nach der StVO eingeschreitet werden müßte.

Die Festgenommenen wurden gegen 23 Uhr freigelassen. Sie wurden wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung, Lärmerregung (die Leute schreien immer so laut, wenn sie geschlagen werden) und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz angezeigt. U. und H. wird überdies tätlicher Angriff auf Polizeibeamte angedichtet.

EINE WOCHE ZUVOR: VERKEHRSKONTROLLE

Die ebenso angemeldete wie untersagte Fahrraddemo vom 12. Oktober wurde von Anfang an von mehreren Hundertschaften Alarmabteilung begleitet, die auch ziemlich rasch durch Einschüchterungen ein Hintereinanderfahren der RadlerInnen durchsetzen konnten. Die Mannschaftswägen der Alarmabteilung fuhren wie eine Parade mit offenen Schiebetüren an der Demo vorbei, damit wir offenbar mal alle zur Kenntnis nehmen konnten, wie gefährlich sie ausschauen. Bei der Mariahilferstraße war die Fahrraddemo dann zu Ende. Eine Hundertschaft „normaler“ bekapelter Polizisten, mit den abgestellten Alarms um die Ecke, winkte uns rechts ran, zur „Verkehrskontrolle“, wie sie sagten. Dann zogen sie eine Sperrkette neben die hintereinandergestandenen RadlerInnen auf, und sperrten die gesamte Fahrbahn der Zweierlinie. Ein Weiterfahren war erst nach etwa einer

halben Stunde und nur in Dreiergrüppchen möglich. Versuche, sich nach Verlassen des Kessels wieder zu sammeln, wurden durch Vorfahren von ArrestantInnenwagen, und Personalienkontrollen wegen Verstoßes gegen das Halteverbot, unterbunden. Eine Frau, die keinen Ausweis bei sich hatte, wurde festgenommen. Mehrere Leute wurden angezeigt.

RECHTLICHES

Leute, die Anzeigen in Zusammenhang mit den Fahrraddemos bekommen haben, sollen dies im Grünen Büro (7, Stiftgasse 6, Telefon 0222/ 521 25-0) melden! Mitglieder von ARGUS und VCO sind für solche Fälle rechtsschutzversichert und sollen sich bei etwaigen Anzeigen im Fahrradbüro (4, Frankenberggasse 11; Telefon 0222/ 65 84 35; Di-Fr 14-18 Uhr) melden.

TJA

Die Radldemos sollen nach einem Sommer der weitgehend ungestört abgelaufenen und ziemlich offensiv-aktiv durchgeführten Fahrten nun offenbar systematisch kriminalisiert werden. Die Einschüchterungen beginnen auch schon zu greifen: Waren am 5. Oktober noch rund 400 Leute dabei — damals wurde allerdings nach der A4-Besetzung stark mobilisiert —, waren es am 12. nur mehr rund 100, am 19. so zirka 50. Das behördliche Vorgehen wird auch immer härter. Gab es bislang meist nur Abmahnungen, später auch Anzeigen, gehören nun Festnahmen zur Tagesordnung, am 19. Oktober kam es zu den ersten brutalen Mißhandlungen.

Neben der Kriminalisierung der RadlerInnen bewirkt das polizeiliche Vorgehen wieder einmal, daß die eigentlichen Demo-Inhalte zurückgedrängt werden. Die einzige Möglichkeit, die Erfolge dieser behördlichen Taktik zu verhindern, ist, ganz ganz massig zur Radldemo hinzukommen und mitzufahren!

Da natürlich auch, aller Vorkommnisse angesichtig, einiges dagegenspricht, hinzukommen, sei vielleicht auch die eine oder andere Möglichkeit der dezentralen Verkehrsberuhigung in Erinnerung gerufen. In kleinen selbstorganisierten Gruppen laßt sich da schon einiges machen. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. (Vergleiche auch Folge 6 des prärevolutionären Treibens des Mathias N. in TATblatt minus 78 oder die Verkettungserklärung der „Autonomen Verkehrsleitzentrale“ in TATblatt minus 65/66)

Es wäre doch irrsinnig nett, wenn verschiedene solche Sachen so in etwa gleichzeitig mit der Fahrrad-Demo passieren würden.

Erlebnisberichte (tunlichst ohne irgendwelche Angaben, Fingerabdrücke etc, die Rückschlüsse auf irgendetwas zulassen könnten) sind in unserem Briefkasten wie immer herzlich willkommen. ●

Wien-Budapest: EXPO-Baba?

(TATblatt-Wien)

Nach den Kommunalwahlen in Ungarn scheint es, als könnte die gemeinsame Weltausstellung Wien-Budapest 1995 nun doch noch scheitern. In Budapest gelangten die „Freien Demokraten“ an die Macht, die — im ungarischen Parlament in der Opposition — bislang die Budapester Beteiligung an der EXPO abgelehnt hatten.

Nach der Machtübernahme in Budapest klang diese Einstellung allerdings auch nicht mehr so klar. Sie seien nur dann nicht dagegen, wenn die Finanzierung durch private und ausländische Gelder möglich wäre, hieß es. Damit könnte ein Hintertürl aufgestoßen worden sein. Von österreichischer Seite wird ziemlich Druck ausgeübt auf Ungarn. Die EXPO wäre nach Nagymaros das zweite gemeinsame Milliardenprojekt, aus dem Ungarn aussteigen würde. Ungarn hätte für die österreichischen Banken jede Kredit- und andere Würdigkeit verloren.

Eine entgültige Entscheidung ist für den November zu erwarten.

Für den Fall eines Ausstiegs Budapests ist die EXPO als ganzes in der geplanten Form gefallen, da die Zusage des Internationalen Weltausstellungsbüros sich auf die gemeinsame Austragung der EXPO bezogen hatte. Wenn Wien die EXPO dann alleine, oder mit einer anderen Stadt (eventuell Bratislava) austragen möchte, müßte sie dies neu beantragen.

Wahrscheinlicher ist da derzeit die Variante, daß Wien ein Jahr später allein eine Ausstellung unter dem Motto „1000 Jahre Österreich“ macht. Bleibt nur fraglich, ob

die erwartete riesige Beteiligung durch multinationale Großkonzerne in diesem Falle auch möglich wäre.

Die kapitalkräftige Initialzündung zur totalen Umgestaltung ganzer Stadtteile, von der derzeit so viel geträumt wird, kann somit gründlich in die Hose gehen. Zum Vorteil der AnrainerInnen der betroffenen Gebiete.

Die Anteile der Republik Österreich an der EXPO-Vienna-AG (50%) wurden inzwischen von der Gemeinde Wien aufgekauft. In der näheren Zukunft soll der Verkauf an dritte stattfinden (Banken, Konzerne,...)

Die Vorbereitungsarbeiten gehen freilich weiter voran. Auch bei jenen Projekten, die laut offizieller Darstellung nichts oder nur wenig mit der EXPO zu tun haben. So begannen beim IBM-Zentrum beim Praterstern bereits die Fassadenarbeiten.

Die ersten Schräbergärteln bei der Schnellbahnstation Strandbäder mußten dem U6-Pfusch-Bau weichen.

Die Ostautobahn A4 (Wien-Budapest), die so ganz zufällig bis 1995 fertiggestellt werden soll, wurde am 19. Oktober um ein weiteres Teilstück länger und ist nun schon bis Bruck an der Leitha befahrbar.

Der Abtransport des Giftmülls beim EXPO-Gelände beim Donaupark ist nach wie vor für Ende dieses Jahres geplant.

Ja und die Spekulation im 2., 20., und 22. Bezirk geht freilich auch voran.

Also: weil die Gelegenheit grad so günstig ist:

EXPO verhindern! ●

ÖMV-Gartenzwerge haben Oberwasser Neues von der Viehtaler-Alm

Trotz offizieller und sozialer Repressionen ist es einigen UmweltaktivistInnen gelungen, den blitzblanken Gartenzwerge des braven Bürgertums das elende Grinsen aus den Fratzen zu vertreiben. Schon wird wieder (beinahe vereint) poliert, um das ländliche Idyll in seine gewohnten Bahnen zu lenken. Doch es gelingt nicht ganz: Unbekannte subversive Elemente errichten erneut Barrikaden — Hungerstreikende geräumt — Verhandlung gegen "BesitzstörerInnen" — zweieinhalb Hektar Beton auf der Alm



WIEN - CHRONIK

Eines Abends vor unserer Haustür

(TATblatt-Wien)

Donnerstag Nacht zwischen 11 und 12 Uhr: Eine Funkstreife mit Blaulicht hält auf der Kreuzung Gumpendorfer Straße - Gürtel. Kurze Zeit später ein dumpfer Knall, ein Aufschrei, gefolgt von wildem Durcheinander. Einer liegt auf der Straße, ein paar Meter weiter hält das Auto, das ihn erfaßt hat. Der Mensch auf der Straße ist bewußtlos, eine Blutlache bildet sich unter seinem Kopf. Italienisch und Spanisch wird um Hilfe gerufen, es ist ein Ausländer, der da auf der Fahrbahn liegt. Die Polizisten, die von Anfang an dabei waren (so wie auch die, die später kommen), kümmern sich kaum um den Verletzten. Vielleicht ist ihnen die Verletzung zu schwer erschienen, um das Opfer, das am Rücken liegt, wenigstens in Seitenlage zu bringen. Vielleicht haben sie auch wichtigeres zu tun - es soll in der Nähe eine Schlägerei stattgefunden haben. Statt der Rettung kommt ein weiterer Funkstreifenwagen, dann ein dritter mit Hundestaffel. Was ist da los, scheint der Hundeführer zu fragen und hat nichts besseres zu tun, als den im Koma liegenden Mann von seinem Hund beschnüffeln zu lassen. "Er stirbt, er stirbt", rufen in Panik herbeigeeilte Angehörige und Freunde des Verletzten; die Polizei "ordnet", sucht Verantwortliche der

Schlägerei. "Nehmt die Leute fest" fährt ein Polizist die anderen an, und weist auf die aufgeregt umherlaufenden anwesenden AusländerInnen. Zufällig kommt ein Arzt vorbei, und kümmert sich um den Verletzten. Ein vierter Funkstreifenwagen trifft ein — Verkehrsregelung. — bis die Rettung kommt dauert es noch eine Ewigkeit.

"Er hat mich erblickt und ist einfach auf die Straße gerannt", erklärt der Polizist seinem Vorgesetzten. Die Leute am Würstelstand gegenüber haben es anders gesehen: "De Kibara san Schuld", "Der ane (Polizist) hat eam schon praktisch am Ärmel ghabt, dabei ist's passiert. Der is net auf'd Straßn glaufn." Zeugenaussagen lehnen sie ab. "Heißt, i hab selba an Prozeß am 25. Gegen die Kibara bleibst so und so imma üba."

Als der Verletzte von der viel zu spät Eintreffenden Rettung abtransportiert wird, fragt der Autofahrer besorgt, wer ihm nun seine Windschutzscheibe bezahle. "Na der da" weist der Polizist auf das Opfer in der davonfahrenden Rettung. Die Besatzungen der anderen drei Funkstreifenwagen machen sich inzwischen auf, um beim Unfall anwesende Freunde und Verwandte des Verletzten zu ergreifen. ●

(hehi)

In der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober haben ein paar von den dubiosen UmweltaktivistInnen, die's wohl noch immer nicht glauben wollen, daß Geld allein glücklich macht, erneut die Zufahrtsstraße zur Bohrplattform mit Barrikaden blockiert. Da es eine anonyme Aktion war und es daher mangels potentieller Opfer zu keinen Ausschreitungen kam, nahmen die Medien so gut wie keine Notiz davon.

Ebenso wie die Barrikaden auf der Viehtaler-Alm wurden einige Stunden später die Hungerstreikenden vor dem Linzer Landhaus geräumt. Nach dreiwöchigem Hungerstreik, während dem sich der Gottvater von Oberösterreich zu keinem einzigen Kontakt mit den Hungernden durchringen konnte, wurden die (optischen) "Störenfriede" just zwei Tage nach Vollzug der Nationalratswahlen polizeilich entfernt.

Auch die ÖMV hat ihre Rolle gut gelernt und spielt auf "De-Eskalation": Bei der Verhandlung wegen Besitzstörung gegen 13 UmweltaktivistInnen versenkte sie die Klagen in die Gruft des "ewigen Ruhens" (d.h. es ist so, als wenn die Klagen nie eingebracht worden wären; nur 3 Personen mußten sich zur Unterlassung von weiteren Störaktionen gegen die ÖMV auf dieser Baustelle verpflichten).

Währenddessen sind die Arbeiten für unser aller Wohl auf der Alm weit gediehen: 2,5 ha Weideland wurden bereits in wunderschöne parkplatzähnliche Beton- und Asphaltflächen verwandelt. Und es wird hurtig weitergebaut, damit wir weiterhin mit ganz vielen Autos auf ganz vielen Autobahnen ganz viel dahinbrausen können...

BENEFIZKONZERT

Die UmweltschützerInnen sind weiterhin aktiv (diesmal auf ganz zivilisierte Art und Weise): **Am 26. Oktober gib'ts in Großraming ein Benefizkonzert für die Viehtaler-Alm.** Der Erlös soll dem Fonds für gerichtlich verfolgte UmweltschützerInnen zugute kommen — einige Strafen stehen ja noch aus, ua gib'ts möglicherweise eine Anzeige wegen "Widerstand".

Es spielen: 7 SIOUX, Dharma Bums Insane, Rearl Blues Frizz, Mollies, Steam
Beginn: 18 Uhr Eintritt öS 80.—

Kommt zahlreich, wir brauchen die Moneten!

Von der Lust an der List

Wie so viele andere hätte auch Peter Kreiner am 1. Oktober 1990 in eine Salzburger Kaserne "einrücken" sollen, um "seinen" Wehrdienst abzuleisten. Er rückte — wie ihr, liebe LeserInnen, schon allein des Umstandes wegen, daß die Geschichte in dieser Zeitung überhaupt erwähnt wird, annehmen werdet — nicht ein. Es folgt eine Infozusammenstellung von der "Lichal-Front".

(TATblatt Wien)

Am 21. Mai 1990 bringt der Briefträger dem Herausgeber einer Salzburger Literaturzeitschrift die Frohbotschaft ins Haus: Ab 1. Oktober soll der 28-jährige "seinen" Präsenzdienst ableisten. Unmöglich, meint er. Hab' doch Frau und Kind, steck mitten in der Ausbildung und überhaupt....

Das mit der Ausbildung stimmt. Mensch lernt nie aus, und so auch Peter Kreiner nicht. Sämtliche Anträge auf Aufschub des Grundwehrdienstes aus familiären Gründen werden vom zuständigen Militärkommando abgelehnt, durchaus der Rechtslage entsprechend: Frau und Kind, die haben viele. Und um seine Ausbildung hätte sich Herr Kreiner eben früher kümmern müssen. Als Aufschubgrund läßt das Wehrgesetz solche Eskapaden nur bis zum zarten Alter von 25 Jahren gelten.

Also bringt Peter einen Zivildienst Antrag ein. Vierzehn Tage hätte er dazu Zeit gehabt, gerechnet ab dem Tag, an dem ihm der Einberufungsbefehl zugestellt wurde. Danach "ruht" das Antragsrecht, ganz so, als ob es ein eigenes Leben führen würde und eben nach getaner Arbeit vom Schlaf überMANNt würde.

Als Peter seinen Antrag abgibt, zeigt der Kalender bereits den 2. September 1990 (irgendwas stimmt da nicht, das war'n Sonntag, aber bitte; d. Tipper). Noch einmal einen abgelehnten Antrag auf Befreiung von der Wehrpflicht später soll er wirklich in die Kaserne. Er geht nicht, aber da waren wir,

glaube ich, schon einmal.

Von Vater, Land, Liebe und vom Untergrund...

Wenige Stunden, bevor Peter in die Kaserne muß, zeigt er sich in einer Pressekonferenz der versammelten Presse. Das Echo ist erfreulich groß: Die Salzburger Lokalnachrichten senden ein Interview, und auch sonst bleibt Peters Fall in den Medien nicht unerwähnt. Dennoch muß er den Weg in die Illegalität gehen, aus der er sich fast täglich mit "Briefe(n) aus dem Untergrund" meldet. Im dritten solchen erläutert er seine Motivation, für das Recht, Zivildienst leisten zu "dürfen", in den Häfen zu gehen: "Ich habe mich seit dem Ende meiner Schulzeit mit dem Gedanken getragen, zum entscheidenden Zeitpunkt sowohl den Wehrdienst als auch den Zivildienst zu verweigern, da ich den Zivildienst in seiner momentanen Form und insbesondere seit der letzten Zivildienstnovelle als eine mehr oder weniger dem Bundesheer eingegliederte Variante des Dienstes für das Vaterland erachte. (...)" Seine Einstellung zum Zivildienst hat sich inzwischen aber geändert: "Schließlich trug zu dieser Entscheidung für den Zivildienst auch eine seit kurzem für mich neue familiäre Situation bei, da ich seit Februar mit meiner Lebensgefährtin einen Sohn habe. Ich wollte, was im Falle einer Totalverweigerung zu erwarten gewesen wäre, meine Familie keinesfalls einer mona-

telangen sinnlosen Machtprobe mit dem Bundesheer aussetzen, zwischen Inhaftierung und Entlassung pendeln und Frau und Kind bestenfalls zu Besuchszeiten des jeweiligen Gefängnisses treffen können."

Doch Vaterliebe reicht dem Heer nicht aus, es geht schließlich ums Land, und das muß zwischen Vater und Liebe stehen. Es hält sich an Fristen und Normen und schießt sich einen Dreck darum, ob einer mehr oder nur weniger aus der Reihe tanzt.

Da geht es nicht um Sinn oder Unsinn von Befehlen, Maßnahmen, Gesetzen oder Verordnungen, sondern darum, daß sie eingehalten werden. "Als mir im Mai dieses Jahres ein Einberufungsbefehl zugestellt wurde, versäumte ich aus Unkenntnis der Gesetzeslage, binnen vierzehn Tagen einen entsprechenden Antrag zu stellen, sodaß ich jetzt zur Kenntnis nehmen muß, daß sich in Österreich Gesinnung und Gewissensgründe an Fristen zu halten haben...."

Seit drei Wochen lebt Peter Kreiner im "Untergrund". Eine Situation, die alle Total- und Waffenverweigerer kennen: Der Wohnort muß gewechselt, die Lohnarbeit aufgegeben werden. Der Kontakt zu Bekannten ist gekennzeichnet von der Angst, festgenommen zu werden.....

Vom Bezirke und vom Land....

Gegen Peter ist zur Zeit noch kein Haftbefehl erlassen worden, denn "Nichtbefolgung des Einberufungsbefehls" ist während der ersten dreißig Tage (vom vorgesehenen Einrückungstermin an gerechnet), "nur" mit einer Strafe von bis zu drei Monaten bedroht. Für Delikte mit Strafdrohung unter sechs Monaten ist das jeweilige Bezirksgericht zuständig, und selbiges ist im Fall Peter Kreiner, wie es scheint, an keiner Eskalation interessiert.

Peters Hoffnungen liegen, so absurd dies klingen mag, beim Bundesheer. Denn kurz vor Ablauf der genannten dreißig Tage-Frist, nach welcher sich die Strafdrohung auf ein Jahr erhöht und das Verfahren in die Zuständigkeit der Landesgerichte übergeht, werden in der Regel Personen, deren Eingliederung in den laufenden "Ausbildungs"betrieb nicht mehr möglich ist (z.B. weil sie zu Beginn des Monats für längere Zeit erkrankt waren o.ä.) aus dem Präsenzdienst entlassen und zu einem späteren Zeitpunkt wiedereinberufen. Eine neuerliche Einberufung würde auch eine neuerliche Möglichkeit bieten, einen rechtswirksamen Zivildienst Antrag zu stellen. Eine solche Entlassung muß vom Verteidigungsminister ausgesprochen werden, und mit dem gibts in dieser Hinsicht keine allzu guten Erfahrungen.

Bleibt die Erkenntnis, daß Kompromiß-

Gewissensgründe kennen keine Fristen! Solidaritätsadresse für Peter Kreiner

Die Zivildienstleistenden Salzburgs und Oberösterreichs des Grundlehrgangs in Meggenhofen, Oberösterreich betonen hiermit ihre Solidarität mit dem derzeit im Untergrund befindlichen Peter Kreiner.

Obwohl Peter Kreiner sich ausdrücklich zur Ableistung des Zivildienstes bereiterklärt hat, wird er durch bürokratische Fristen in die Illegalität abgedrängt. Im Sinne eines Vorranges des Menschen vor der Bürokratie fordern wir seine Entlassung aus dem Präsenzdienst, um ihm die Einbringung eines Zivildienst Antrages zu ermöglichen — ein Kulanzweg, der auch dem Bundesheer keine Probleme bereiten dürfte.

Meggenhofen, am 15. Oktober 1990

82 Unterschriften

PS.: Achtung! Diese Mitteilung ist illegal (siehe die für uns geltende Hausordnung des Grundlehrganges Meggenhofen, Runkt 5d).

Hausordnung für den Grundlehrgangsort Meggenhofen

(...)
5d) (...) Das Plakatieren, die Prospekt- oder Flugzettelverteilung sowie die Kontaktaufnahme mit Medien bedarf der vorherigen ausdrücklichen Zustimmung des dienstführenden Grundlehrgangsführers.
(...)

Verstöße gegen diese Hausordnung gelten als Dienstpflichtverletzung und sind nach dem Zivildienstgesetz zu ahnden. (...)

Der Grundlehrgangsführer:

Erich Neumüller

bereitschaft staatlicherseits nicht belohnt wird: Die wollen dich ganz oder gar nicht. Und gar nicht heißt Häfen!

Denk' daran: the Scherz goes on!

Wie Peter Kreiner wäre auch Martin Dengscherz bereit, Zivildienst abzuleisten (TATblatt minus 63). Ihm hatte aber die Zivildienstkommission, und nicht die Unwissenheit, einen ziemlich deutlichen Strich durch die Rechnung gemacht. Anders als Peter Kreiner rückte Martin Dengscherz am 1. Oktober tatsächlich in die Kaserne ein. Eine Entscheidung, die ihm sicher nicht leicht gefallen ist, denn sie kann ihm im Vergleich zu Kreiner bis zu einem Jahr mehr an relativer Freiheit kosten.

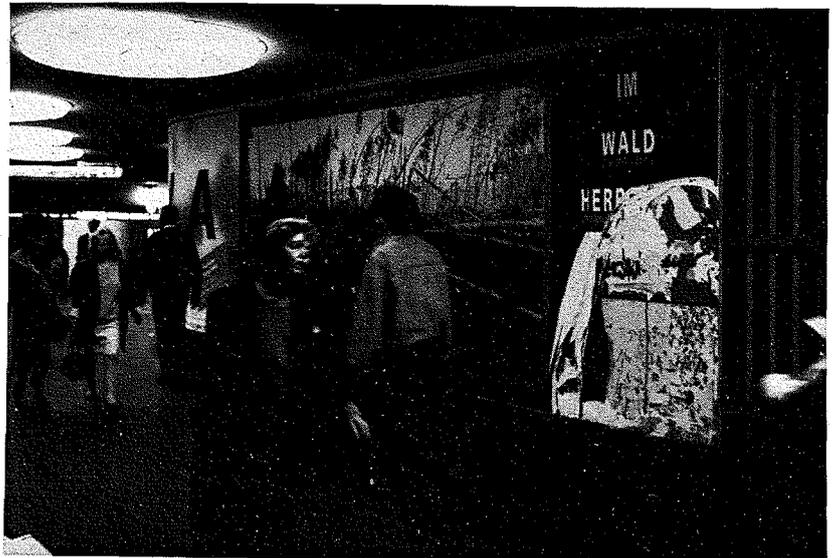
Wer dem Einberufungsbefehl nicht Folge leistet, ist, sofern seine Absenz nicht länger als dreissig Tage dauert, mit einer Haftstrafe von bis zu drei Monaten zu bestrafen (§ 7 Militärstrafgesetz). Wer länger als dreißig Tage fehlt, riskiert ein Jahr (§ 7(2) MilStG).

Wer aber nun wie Martin dem Einberufungsbefehl folge leistet, vor Ort aber Befehle (wie etwa den zur Annahme der Uniform, der Waffe, oder der "Hunde"marke; echt, was können die Köter dafür?!) mißachtet, dem drohen gleich 'mal bis zu zwei Jahren Haft (§ 12 MilStG).

Das alles relativierende dicke Ende kommt aber erst.

Total- und Waffenverweigerer können in Österreich für ein und das selbe "Delikt" mehrmals bestraft werden. Nachdem also Martin, wie am vergangenen Donnerstag geschehen, das erste Mal (zu zwei Wochen bedingt, die der abgesessenen U-Haft entsprechen) verurteilt wurde, nahm ihn das Bundesheer gleich wieder unter seine kühnlichen Fittiche: Irgendein Obermilitarist wird Martin neuerlich Befehlen, die Waffe anzunehmen. Martin wird neuerlich in U-Haft kommen, wird neuerlich vor Gericht gestellt, wird neuerlich verurteilt, wird neuerlich in die Kaserne verfrachtet, wird neuerlich zum Verweigern der Waffenannahme gezwungen, wird neuerlich dem Gericht überstellt, wird neuerlich verurteilt usw. werden!

Dieser Kriminalisierungskette, die in anderen europäischen Ländern auf Grund des enormen öffentlichen Drucks durchbrochen werden konnte (in der BRD etwa werden Totalverweigerer nur einmal verurteilt. Die Haftzeiten entsprechen aber in etwa der Länge des Zivildienstes), könnte theoretisch bis zur Erreichung des 45. Lebensjahres, sollte der Betroffene jemals (wie Martin) auch nur für einen Tag Bundesheerangehöriger gewesen sein, sogar bis zur Vollendung des 50. Lebensjahres fortgesetzt werden. Den "Rekord" an kumulierten Haftstrafen hält augenblicklich der Totalverweigerer Christof Kurzmann, der in insgesamt drei Strafverfahren bislang 8 Monate bedingter Freiheitsstrafe aufgebrummt bekommen hat. Ein viertes Verfahren ist zur Zeit gerichtsanhängig.



Im Heer HERRscht Glied

(TATblatt-Wien)

Unter diesem Motto folgten am 15. Oktober drei Kriegsdienstverweigerer der Aufforderung zur Stellung. Unter ihnen war auch der ehemalige Ägidigassen-Bewohner Gregor T., dem wir — glücklicherweise — im TATblatt minus 63 etwas voreilig den Genuß gesiebter Luft prophezeit hatten. Der gegen Gregor erlassene Haftbefehl wegen angeblichen Verstoßes gegen § 58 WehrG ("listige Umtriebe") wurde aufgehoben, nachdem sich Gregor verpflichtet hatte, mit dem Militärkommando Kontakt aufzunehmen.

Mit ihm stellten die Totalverweigerer Lukas Berger, Markus Kemmerling und 19 weitere Frauen und Männer als "Rechtsbeistände" den geforderten Kontakt her.

Alle drei Kriegsdienstverweigerer haben bereits mehrere Gerichts- oder Verwaltungsstrafverfahren im Zusammenhang mit der Verweigerung des Kriegsdienstes hinter sich bringen müssen (siehe Kasten auf der nächsten Seite).

Der kollektive Besuch der Stellungskommission war unter anderem auch der Versuch, mit einem offensiven Schritt die einzelnen von der Verfolgungswut des Bundesheeres Betroffenen aus der Isolation zu holen.

Ab sofort wird zurückgefllegt...!

Grundlage des Tohuwabohus der Stellungspflichtigen und ihrer Rechtsbeistände war eine unscheinbare, gut versteckte Bestimmung des allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes (AVG). Der 5. Absatz des 10. Paragraphen dieses Gesetzes sieht nämlich für an einem Verwaltungsverfahren Beteiligte die Möglichkeit vor, sich eines Rechtsbeistandes zu bedienen. Wobei, der Teufel/die Teufelin liegt im Detail, das Wörtchen "eines" der gängigen Judikatur entsprechend nicht als Zahlwort, sondern als Artikel zu werten ist, also gar keine Aussage über körperliche, geistige oder gar zah-

lenmäßige Beschaffenheit des Rechtsbestandes zu treffen vermag.

Im Berichtsfall bestand der Rechtsbeistand aus 19 Frauen und Männern und einem Hund.

Es dauerte so seine Zeit, bis dem Recht im Sinne des AVG zum Durchbruch verholfen werden konnte. Erst wollte die versammelte Militaristenschar den Frauen "aus Prinzip" den Zutritt verwehren, dann wiederum versagte die Heeresdisziplin: Denn einige jener Präsenzdiener, die das militärische Gelände vor den antimilitaristischen Umtrieben zu schützen hatten, vertrugen sich einfach zu gut mit den "Eindringlingen", interessierten sich für die Flugblätter und konnten sich auf höherrangige — sehr entschiedene — Nachfrage gar nicht mehr erinnern, wer ihnen das Flugi denn in die Hand gedrückt habe (die Moral der Truppe ist wirklich schlecht!!!).

Man (in Gestalt des Leiters der Stellungskommission Wien) beschloß nachzugeben, zumal das Gesetz ausnahmsweise einmal auf Seiten der AntimilitaristInnen war, und akzeptierte alle Rechtsbeistände, allerdings nicht im Stellungsverfahren, sondern nur im Rahmen einer Niederschrift, deren Inhalt in einstündiger Sitzung mühsam ausgehandelt wurde. Kurz zusammengefaßt: Der Leiter der Stellungskommission war nicht bereit, alle 19 Rechtsbeistände (den Hund ignorierte er völlig) im Stellungsverfahren zu akzeptieren. Dies sei mit seinen Dienstvorschriften nicht vereinbar (was im Klartext bedeutet, daß die Dienstvorschriften des Bundesheeres im Widerspruch zum AVG stehen, also gesetzeswidrig sind; aber das ist nicht unsere Sache). Die drei Stellungspflichtigen beharrten darauf, sich nur im Beisein aller Rechtsbeistände dem Stellungsverfahren zu unterziehen, da dies ein gesetzlicher Anspruch sei, auf den sie nicht verzichten wollten.

Die Unterzeichnung der ausgehandelten Niederschrift wurde im Rahmen einer Zeremonie vollzogen: Einzelnen wurden die

Stellungspflichtigen und deren Rechtsbeistände (eigentlich: die Angehörigen des Rechtsbeistandes) aufgerufen, um auf einem eigens in den Vorraum transportierten Tisch ihr Kraxl unter das Protokoll zu setzen. Der Vorgang dauerte über eine Stunde.

Wesentlich: Gregors Haftbefehl ist weg. Eventuelle neue Verfahren wegen angeblicher "listiger Umtriebe" können sich Bundesheer und Gerichte...naja...sagen wir einmal, in die Haare schmieren, da sich die Stellungspflichtigen freiwillig mit dem Bundesheer in Verbindung gesetzt haben.

Die Moral von der Geschichte..

Kollektive Stellungsbesuche sind weit lustiger als das isolierte Dahindümpeln in grünen Shorts und mit Hundemarke. Und wenn die zuständigen Behörden sich wei-

gern, das stellungsverfahren dem Gesetz entsprechend durchzuführen, so soll es ihr Problem sein und nicht das der Stellungspflichtigen. Nutzt eure rechtlichen Möglichkeiten aus, solange es noch geht!

Listloser Markus F.

Ebenfalls am Montag, dem 15. Oktober wurde Markus F. vom Vorwurf, sich listiger Umtriebe bedient zu haben, um sich der Wehrpflicht zu entziehen, freigesprochen. Markus List soll laut Anklage darin bestanden haben, erst in der Ägidigasse gewohnt zu haben (die Strafbarkeit des Wohnens an dieser Adresse haben wir im TATblatt minus 63 ausführlich erläutert) und dann polizeilich abgemeldet worden zu sein. Bedauernd mußten Richter und Staatsanwalt zur Kenntnis nehmen, daß Markus für das eigenmächtige Handeln der Polizei (die Ab-

meldung) wirklich nix dafür kann und sprachen ihn "im Zweifel" frei. Der "Zweifel" des Gerichts hatte weniger inhaltliche als vielmehr materielle Ursachen: Anders als im Falle eines vollen Freispruchs steht dem im Zweifel Freigesprochenen kein Recht auf Erhalt einer Entschädigung für die zu Unrecht erlittene Untersuchungshaft zu (in diesem Fall mehr als sechs Wochen).

Anmerkung der Redaktion:

Eine genauere Zusammenstellung der Strafbestimmungen des Wehr- und Militärstrafgesetzes sowie eine "Wertung" der Möglichkeiten, den Kriegsdienst (und auch der Zivildienst ist, bei Licht besehen, nichts anderes) zu verweigern, muß aus Platzgründen wieder mal verschoben werden. Tut Leid! ●

GREGOR T.

● Erstmaliger Stellungstermin am 20. April 1983 in Innsbruck.

Gregor weigert sich, mit dem "Heerespsychologen" zu sprechen. Er wird daher für zwei Jahre zurückgestellt ("vorübergehend untauglich")

● 1985 Umzug nach Wien. 1986 zieht Gregor in das Haus Ägidigasse 13. Obwohl Gregor in der Ägidigasse ordnungsgemäß gemeldet war, suchen ihn die Militärbehörden österreichweit.

● Gregor werden mehrmals Stellungsbefehle zugestellt, die er aber ignoriert.

● Im Juli 1988 verzichtet die Polizei auf die amtswegige Zustellung eines Stellungsbefehls, weil diese angeblich nur "mittels organisierten großen polizeilichen Einschreitens erreichbar" wäre.

● Im August 1988 wird Gregor im Zuge eines großen polizeilichen Einschreitens überfalls auf die Häuser Ägidigasse 13/Spalowskygasse 3 festgenommen und verbringt 14 Tage in (grundlos und illegal) Untersuchungshaft.

Ein Stellungsbefehl wird ihm nicht ausgehändigt!

● Im November 1988 wird in einem Polizeibericht festgehalten, daß Gregor "nach wie vor bei Veranstaltungen und Demonstrationen der Anarcho- und Hausbesetzerzene in Erscheinung tritt" und dabei auch mehrmals mit der Polizei in Kontakt gewesen ist. Ein Stellungsbefehl wird ihm auch anlässlich einer Perlustrierung nicht übergeben.

● Im April 1989 wird Gregor an der Grenze verhaftet: Er soll sich "listiger Umtriebe" bedient haben, um sich der Wehrpflicht zu entziehen.

● Nach einem Monat Untersuchungshaft wird Gregor zu einem Monat Haft (bedingt auf drei Jahre) verurteilt. Die Urteilsbegründung ist aberwitzig: Der "listige Umtrieb" des Gregor T. soll darin

bestanden haben, in der Ägidigasse 13 gewohnt zu haben und dadurch die Zustellung des Stellungsbefehls verhindert zu haben. Zur Untermauerung dieser Konstruktion muß jener Polizeibericht (siehe oben) erhalten, in dem ein großer Polizeieinsatz gefordert wurde. Daß genau dieser wenige Tage nach Verfassung dieses Berichts Wirklichkeit wurde und Gregor trotzdem nicht zur Stellung geladen wurde, blieb unberücksichtigt. Ebenso unberücksichtigt blieb jener Bericht, in dem Gregors öffentliches Auftreten vermerkt wurde!

● Gegen Gregor läuft zur Zeit wieder ein Verfahren wegen angeblicher "listiger Umtriebe".

LUKAS B.

● Erster Stellungstermin im September 1982 muß ohne mich stattfinden.

● Im Juni 1983 teile ich der Ergänzungsabteilung des Militärkommandos per Postkarte mit, daß ich nicht daran denke, jemals Bundesheerangehöriger zu werden und auch alle praemilitärischen Schritte (Stellung) verweigern werde. Diese postalische Mitteilung dürfte die Herren sehr nachhaltig bewegt haben, findet sie sich doch bis heute in jedem meiner Strafkarte wieder.

● Im Juni 1985 werde ich von der Polizei zwangsweise der Stellungskommission vorgeführt. In einem Augenblick des Zweifels verweigere ich mich nicht der Untersuchung. Dennoch werde ich — wegen angeblicher Unreife — für vorläufig untauglich erklärt.

● Ab Mitte 1987 werden mir wieder Stellungsbefehle zugeschickt, die ich manchmal entgegennehme, manchmal nicht, jedenfalls aber ignoriere (wie es sich halt so gehört).

● Im Sommer 1988 soll ich wieder zwangsweise der Stellungskommission vorgeführt werden. Das hervorragende timing der Behörde (schleßlich ist der Sommer gerade jener Zeitpunkt, an dem mensch

mit der allergrößten Sicherheit einen Studenten zu Hause antreffen wird!) erspart mir das ungewollte Zusammentreffen mit den Herren der Ergänzungsabteilung.

● Im Jänner 1989 werde ich zu Gericht vorgeladen und von einer Untersuchungsrichterin vernommen. Am 8. März 1989 wird im Wiener Landesgericht über mich zu Gericht gesessen. Ich soll mich "listiger Umtriebe" bedient haben, um mich der Wehrpflicht zu entziehen. Ich versuche mich mit allen Mitteln gegen die denkmögliche Auslegung des Wehrgesetzes durch das Gericht zu wehren. Der Erfolg ist nur ein halber: Zwar werde ich freigesprochen, doch Gregor T. wird am selben Tag unter dem gleichen — absurden — Vorwurf verhaftet.

● Im Sommer 1989 wiederholt sich das Spiel des vorangegangenen Sommers. Doch diesmal wirkt es noch absurder: Ich hatte mich vor Antritt eines Auslandsaufenthaltes bei Gericht erkundigt, ob gegen mich etwas vorläge (was nach langem Beharren meinerseits verneint wurde). Tags darauf — ich war bereits im Ausland — steht die Polizei vor der Wohnungstür und belästigt über geraume Zeit meine MitbewohnerInnen. Nach meiner Rückkehr beschließe ich, aktiv zu werden und besteige mit anderen das Äußere Burgtor, um dort ein Transparent gegen die Inhaftierung von Kriegsdienstverweigerern anzubringen. Eigentliches Ziel der Aktion ist es, Zeitpunkt und Form meiner Festnahme selbst zu bestimmen und den "Kontakt" zwischen der Behörde und mir öffentlich ablaufen zu lassen.

Nix wars: Das Bundesheer hatte — so schien es — plötzlich kein Interesse mehr an mir; ich konnte statt in den Häfen nach Hause spazieren.

● Seit damals hab'ich vom Bundesheer nichts mehr gehört. Dennoch läuft zur Zeit gegen mich wieder ein Verfahren wegen angeblicher "listiger Umtriebe".

MARKUS K.

Ich bin seit Februar 1986 13 Mal zur Stellung geladen worden. 13 Mal habe ich es verweigert, mich mustern zu lassen. Das Militär hat seinerseits versucht, mich mit allen möglichen, legalen wie illegalen Mitteln zur Stellung zu zwingen.

Sie haben

- mich zwangsvorgeführt und einberufen,
- versucht, mir eine Verwaltungsstrafe anzuhängen,
- versucht, mich mit einer Zwangsstrafe zu beugen,
- mich ohne jegliche Untersuchung per Augenschein tauglich "geschaut".

Alle diese Repressionsmaßnahmen waren erfolglos, sie waren rechtlich in keinem Fall haltbar. In Bezug auf die letztgenannte Maßnahme hat der Verwaltungsgerichtshof im Mai dieses Jahres in einer wichtigen Entscheidung festgehalten, die Gesetze ließen "keinen Raum für die...Auffassung, im Falle der gänzlichen Verweigerung der Mitwirkung an den gesetzlich vorgesehenen Untersuchungen durch einen Wehrpflichtigen könne die Eignungsfeststellung bloß auf eine "medizinische Blickdiagnose" oder ähnliche unzureichende Grundlagen gestützt werden".

Die Zivildienstkommission hat einen Zivildienstantrag mit der zynischen Begründung abgelehnt, dies würde dem Gleichheitsgrundsatz widersprechen und mich gegenüber anderen Wehrpflichtigen benachteiligen. Ich verzichte gerne auf einen Zivildienst, der keiner ist.

Eine Anzeige nach 58 Wehrgesetz ist bislang nicht erfolgt, auch das wird kommen. Wer sich hier aber "listiger Umtriebe" bedient, dürfte nach dem Geschilderten klar sein.

Aber auch der heutige, 14. Versuch, mich zu mustern, wird erfolglos bleiben.

Wien darf nicht Miami werden!

Was macht die innenministerielle "Einsatzgruppe zur Beschaffung von 'Terroristen'", wenn der Tag lang ist?

(E.B.Thaler)

Fact 1: Am 7. Oktober 1990 wird irgendwann zwischen 18 Uhr und 19 Uhr eine Filiale der "Länderbank" am Währinger Gürtel glasfrei gemacht.

Fact 2: Auf der Außenmauer selbiger Filiale war Stunden später die Parole "gegen Nazis + Bullen" zu lesen.

Fact 3: In dem, dem Währinger Gürtel außerordentlich Nahe gelegenen WUK, veranstalteten die "Grünen" am 7. Oktober eine Wahlfeier.

Fact 4: Um 18 Uhr 56 Minuten wird an der Ecke Währinger Str./Schlagergasse — also auch in unmittelbarer Nähe des WUK — eine männliche Person im "Autonomenlook" — nennen wir sie Gonzalez — von zwei Beamten der "EBT" (Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus) im Miami Vice-Stil (also mit Pistole im Anschlag) zu Boden geworfen und festgenommen. Da die beiden EBT'ler — nennen wir sie Sonny Crockett und Ricardo Tubbs — nur mit ihren Waffen auf Terroristenhatz gegangen waren, standen sie nun vor dem Problem, Gonzalez nicht abtransportieren zu können. Hilfe kam von jenen, von denen mensch sich Hilfe erwartet. Ein Rettungsfahrzeug des "Malteser-Ordens" bot sich den imobilien Revolverhelden als Transporteur des noch imobilieren Gonzalez an. Zielort sollte das Innenministerium sein.

Fact 5: Ein Funkstreifenwagen kommt vorbei, hält, und rettet Gonzalez vor Maltesern und Innenministerium. Die Funkstreife verfrachtet Gonzalez gegen den Willen der EBT, dafür aber unter korrekter Einhaltung des üblichen Dienstweges (Blaulicht, Sirene, Handschellen, Schläge in den Genitalbereich; Gonzalez wird so in das Fahrzeug verfrachtet, daß er mit dem Kopf zuerst aufkommt), in das Kommissariat 9 in der Boltzmannngasse.

Fact 6: In Unkenntnis des Festnahmegrundes (und überhaupt; wo kämen wir denn da hin, sonst?) verweigert Gonzales jede Aussage. Ein Vorwurf wird ihm erst Stunden später gemacht: "Schwere Sachbeschädigung".

Fact 7: Gegen 19 Uhr 15 umstellt die Polizei das WUK, getraut sich aber auf Grund der Wahlfeier nicht offen ins Innere. Zwei LederjackenträgerInnen werden perlustriert.

Fact 8: Sonny sieht sich das WUK von Innen an. Er ist aber weniger am Inventar interessiert als an den BesucherInnen. Unter den Besuchern sind Martinez und Rodriguez, zwei politische Aktivisten.

Fact 9: Wenig später präsentiert der im Kommissariat angekommene Sonny dem Gonzalez seine ganz persönliche "Theorie": "Ich sag dir, wer dabei war: Martinez und Rodriguez", ohne aber zu erwähnen, wo diese "dabei" gewesen sein sollen. Ganz sicher scheint er sich aber nicht zu sein. Er läßt sich Fotos von Rodriguez, der schon des öfteren Zielscheibe polizeilichen Erfindungsreichtums war, aus dem Computer ausdrucken.

Fact 10: Gegen 23 Uhr 30 wird Gonzalez einem Polizeijuristen vorgeführt, der ihn endlich über die Sachlage aufklärt und darüber hinaus nichts unversucht läßt, Gonzalez von der Sinnlosigkeit der Aussageverweigerung zu überzeugen. Wenig überzeugend: Gegen 24 Uhr wird Gonzalez völlig unerwartet freigelassen! Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß sich ab 22 Uhr sehr, sehr viele Menschen (denen allen hiermit gedankt sein soll) für den Verbleib Gonzalez'interessierten, indem sie die Polizei einer intensiven telephonischen Befragung unterzogen.

Fact 11: In den folgenden Tagen wurden auch Martinez und Rodriguez einer polizeilichen Einvernahme unterzogen. Sehr zum Mißfallen der einvernehmenden Beamten hatten jedoch auch sie nichts zur Sache zu sagen (denn was hat mensch schon mit der Polizei zu reden?).

Fact 12: Die Wahl der Namen im vorangegangenen Text ist weder unbeabsichtigt noch zufällig, sondern gewollt und wohl durchdacht. Wir halten die Sendung "Miami Vice" für ein faschistoide Propagandasendung im Dienste der US-Außenpolitik. Die Feindbilder entsprechen jeweils dem gerade "gängigen" US-Feindbild. Fact 13: Als Folge der Festnahme des Gonzalez setzte reges Treiben ein. Viele Menschen erzählten sich gegenseitig von Dingen, von denen sie keinerlei Ahnung haben können und konnten. Gerüchte und Vermutungen machten die Runde wie die aktuellen Lottozahlen.

Fact 14: Was in den Abendstunden vor der Länderbankfiliale am Währinger Gürtel wirklich passiert ist, ist den SchreiberInnen dieses Beitrags unbekannt. Spekulationen und Vermutungen anzustellen und daraus Heldeneben zu schaffen überlassen wir der Polizei und späteren Jahrhunderten. In jedem Fall gehört solches nicht in diversesten Beislin oder gar am Telefon in der üblichen Stagnad-Erzählweise ("Ich war dabei") besprochen.

KEINE ZUSAMMENARBEIT MIT POLIZEI UND JUSTIZ

!!!!

(Mein! Nie und Nimmer!; Anm)•

betrifft: ROTSSTILZCHEN



Wir, die Stadtteilgruppe, wollen einen Reader über unsere (Szene-) Geschichte im Rotstilzchen machen. Es geht uns um die verschiedenen Ansätze, Einschätzungen und Erfahrungen für die unterschiedlichen Frauen und Männer dort.

Maschineschriebene Beiträge bitte bis 1.12.90 an die Stadtteilgruppe c/o Infoladen, Margaretengürtel 122-124/Stiege 1/Keller, 1050 Wien.

Oder ihr bringt uns eure Beiträge persönlich in den Infoladen; Dienstag zwischen 20 und 22 Uhr oder Donnerstag zwischen 17 und 21 Uhr.

.....

An die Menschen vom Layout:

Das ganze vielleicht in einen schönen Kasten + die Stiltzchen-Figur!!!!
(Na, hab ich das nicht gut gemacht? AWAunsinn normal!
Zeitgeist ist nix dagegen! Der Mensch vom Lehaut!)

Psychiatrie

Der Wahnsinn hat Methode

(Frauensolidaritätsgruppe gegen Kriminalisierung von Frauenwiderstand)

Am Abend des 4. September 1989 wurde in Innsbruck eine Zwangseinweisung in die Psychiatrie, unter Anwendung von brutaler Gewalt von Seiten des Arztes und der Polizei, gegen den Willen der "einzuweisenden" Frau und gegen den Willen der anderen beteiligten Frauen durchgesetzt.

Frau A (Synonym für die zwangseingewiesene Frau) ist unter großem Einsatz von Polizei, Feuerwehr und Rettung aus einer Frauenwohngemeinschaft gewaltsam herausgeholt und in die geschlossene Abteilung der Psychiatrie zwangseingewiesen worden. Die Einsatzleitung lag, laut Akt, bei der Staatspolizei. Der Aufenthaltsort von Frau A wurde von ihrer Therapeutin, die vorher von den Frauen der WG kontaktiert worden war, an die Polizei und Psychiatrie weitergegeben.

Nach dem Einsatz wurde ein "Offener Brief" im Stadtteil und in Frauenzeitschriften veröffentlicht, um die Hintergründe des Polizei- und Feuerwehreinsatzes zu vermitteln und eine erste Öffentlichkeit herzustellen. In diesem Brief heißt es u. a.: "Wir aber wollten Frau A nicht in die Psychiatrie abschicken, weil wir weder in der Verwahrung von Frauen in psychiatrischen Anstalten, noch in der medikamentösen Behandlung, die sie dort erhalten, eine Lösung sehen — im Gegenteil. Frauen, die in der Psychiatrie waren, erzählen, daß ihnen durch die Verabreichung von Medikamenten und durch das Nicht-Eingehen auf ihre Situation, diese Zeit, die Verzweiflung und der Umgang damit genommen, ihnen ein Stück Lebensgeschichte enteignet wurde. Durch die starken Medikamente (Neuroleptika) können sie sich nachher kaum noch an die Zeit erinnern; es bleibt ein dunkles Loch und die ständige Bedrohung, daß 'es' wieder einmal 'passiert'."

Daß "es" zum größeren Teil Frauen "passiert", in Psychiatrien zwangsweise eingewiesen, angehalten und psychiatriert zu werden, wird in unseren patriarchalen Herrschaftsverhältnissen totgeschwiegen. Psychiatrie wird somit zu einer Form institutionalisierter Gewalt, um Nomierung weiblichen Verhaltens und Disziplinierung von Frauen zur heterosexuellen Lebensform durchzusetzen. Die medizinische Rechtfertigungen dieser Institution verschleiern nur ihren Gewaltcharakter, der jedoch bei sogenannter Nicht-Freiwilligkeit durch ZWANGseinweisung, ZWANGSanhaltung, ZWANGs"behandlung" offensichtlich wird.

Psychiatrie verstehen wir demnach als patriarchale Gewaltinstanz, die Schmerz, Zorn, Leid und Gewalterfahrungen von Frauen pathologisiert und mit Medikamenten bzw. Elektro-Schocks knebelt.

Uns geht es darum, unseren Schmerz, Zorn und unser Wissen um Gewalterfahrungen, die ein Potential für unseren Widerstand sind, in unser Leben zu integrieren und unseren Zorn und Widerstand gegen jene zu richten, die Gewalt ausüben.

Die Instanz Psychiatrie versucht jedoch, diese Erfahrungen von uns abzuspalten, zu kontrollieren und in Krankheitsbildern zu verwalten.

Mit den eingeleiteten Strafverfahren ist klar geworden, wie Staatsanwaltschaft, Polizei, Gericht und Psychiatrie auf den Widerstand von Frauen gegen die zwangsweise Einweisung in die Psychiatrie und die Veröffentlichung ihrer Durchsetzung reagierten. Zunächst erhielten die Frauen eine Verwaltungsstrafe wegen Lärmbelästigung, eine Ordnungsstrafe wegen Aussageverweigerung bei Ladung als Zeuginnen gegeneinander und laut Aussage eines einvernehmenden Beamten auch eine Eintragung in die STAPO-Akte. Als zweiter Schritt wurde ein Strafverfahren wegen "übler Nachrede", aufgrund der Veröffentlichung des "Offenen Briefes" gegen sie eingeleitet.

Die Anklage bezieht sich auf folgende Passagen des "Offenen Briefes":

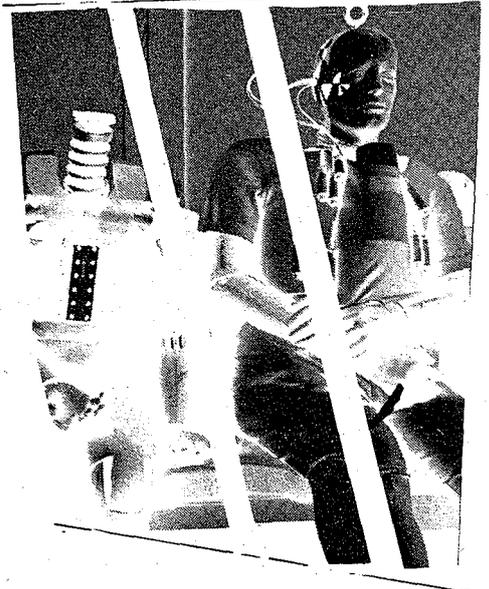
"Der Amtsarzt wollte Frau A weder sprechen noch sehen, er wollte nur mit allen Mitteln ihre Abholung erzwingen.... Es lag also weder 'Selbstgefährdung', im Sinne von selbstmordgefährdet, noch 'Fremdgefährdung', im Sinne von Aggressionen gegen andere vor...."

Für uns wurde wieder deutlich, daß es ihm nicht um Frau A ging, sondern nur um die Durchsetzung seiner Macht ...Der Amtsarzt Sourour machte daraus ein Machtszenario, das wir Gewalt nennen. Er wollte ... eine Zwangseinweisung mit allen Mitteln bewirken."

DER PROZESS DAZU FINDET AM 6.11.1990 IM LANDESGERICHT INNSBRUCK STATT.

"Der erste Schritt mit diesem Prozeß politisch umzugehen ist, uns gemeinsam als Frauengruppen dazu zu verhalten. Der Ort — das Gericht ist uns aufgezwungen. Wie wir uns an diesem Ort verhalten, wollen wir selbst bestimmen. Um das trotz der vorgegebenen Struktur einer Gerichtsverhandlung durchsetzen zu können, brauchen wir eine Frauenöffentlichkeit im Gerichtssaal und darüber hinaus. Es geht nicht darum nach der Logik des Gerichts sich als 'schuldig' oder 'unschuldig' darzustellen, sondern darum, das einzelnen Frauen Vorgeworfene in einen politischen Zusammenhang zu stellen: D.h. die Psychiatrie als Institution der Disziplinierung und Ausgrenzung zu benennen, d. h. Gerichte und Polizeipappa-

rate als Hüter der kapitalistisch-patriarchalen Ordnung zu begreifen, d.h. weiters zu zeigen, daß in der Zwangseinweisung in die Psychiatrie die Befugnisse aller drei Repressionsapparate zusammentreffen. Das Gesetz legitimiert alle Mittel der Durchsetzung einer Zwangseinweisung durch die Polizei und installiert die Psychiatrie als den Ort der Verwahrung, besonders für Frauen, die den HERRkömmlichen Normen nicht entsprechen (wollen). Den Frauen, die diese Zu-



sammenhänge und die darin handelnden Täter öffentlich benennen, droht durch Paragraphen wie dem der 'Üblen Nachrede' (§111 StGB) oder dem der 'Verleumdung' (§297 StGB) die Kriminalisierung." (Zitat aus Flugblatt zum Prozeß)

Zur Vorbereitung zum Prozeß und zur weiteren inhaltlichen Diskussion gab es in Salzburg, Wien und Innsbruck Veranstaltungen für Frauen unter den Titeln "Tabu Psychiatrie, Zur Pathologisierung und/oder Kriminalisierung von uns Frauen", "Gewalt durch Psychiatrie", "Der Wahnsinn hat Methode".

Für Frauen, die Interesse am Prozeß haben, gibt es die Möglichkeit zu schreiben. An:

"Frauensolidaritätsgruppe gegen Kriminalisierung von Frauenwiderstand", Autonomes Frauenzentrum, Liebeneggr. 15. 6020 Innsbruck, oder telefonisch am 6.11.90 ab 10h: 0512/580839

DRINGEND erforderlich sind Spenden für die zu erwartenden Prozeß- und Anwaltskosten: Spendenkonto PSK Privatsparbuch, Nr. 17.614.991, Stichwort: Psychiatrie

TROTZ MÄNNERGEWALT, ÜBERWACHUNG, KNAST UND PSYCHIATRIE — IHR BRECHT UNS FRAUEN NIE.

FRAUENSOLIDARITÄTSGRUPPE •

Das Glück, das nicht im Süden unten liegt, sondern im hohen Norden

(TATblatt Wien, nach der neuen Broschüre des Clubs slovenischer StudentInnen)

Der Tag der Abstimmung, ob Kärnten zu Österreich oder zum damaligen Königreich Serbien - Kroatien - Slowenien gehören werde, kehrte heuer am 10. Oktober zum 70. mal wieder. Laut Radio waren 70.000 Menschen auf den Beinen, 15.000 marschierten beim Deutsch-Kärntner Triumphzug mit. 1920 hatten an die 12.000 Kärntner SlowenInnen im Vertrauen auf eine versprochene slowenInnenfreundliche Politik für Österreich gestimmt. Kärntens Deutschnationalen aber haben den österreichischen Sieg bei der Volksabstimmung von jeher als Sieg für das Deutschtum ausgelegt. Das Plebiszit wurde sofort vom Abwehrkampf völlig vereinnahmt. Leitmotiv der Deutschkärntner Ideologie war der Grenzlandmythos: der Gau Kärnten als Gau des Deutschen Reiches. "Die Karawanken sind nicht Österreichs, sondern des deutschen Vaterlandes Grenzgebirge", meinte Maier-Kaibitsch, der Hauptverantwortliche der späteren SlowenInnenaussiedlung (Anmerkung: 1970 stellte ein SPÖ-Gemeinderat einen Antrag auf ein Denkmal für Maier-Kaibitsch). Der 10. Oktober wurde immer schon als der Tag der Rechenschaft über die Fortschritte bei der "Auslöschung" der Minderheit ausgewählt, so war Gauleiter Rainer besonders um die Oktoberfeiern bemüht, zusätzlich ausgerichtet auf die Germanisierung Sloweniens. Äußerlich bruchlos wie jene Kräfte, die den Abwehrkampf organisiert und getragen haben, im NS-Apparat aufgegangen waren, wurden auch die Ideologie des Abwehrkampfes und die jährlichen Feiern zum 10. Oktober Bestandteil nationalsozialistischer Ideologie und Politik. Die gezielten Aussiedlungsaktionen sind nur möglich gewesen, weil die Nazis den gesamten Organisationsapparat des KHB (Kärntner Heimatbund, Vorläufer des KHD) und seine Erfahrungen in der "Lösung" der SlowenInnenfrage übernommen hatten. Nach dem Krieg gab es ein paar Jahre keine Feiern zum 10. Oktober. Die deutschnational gefärbte Geschichtsschreibung wurde jedoch nach 45 übernommen und will die praktizierte Germanisierungspolitik der Vorkriegszeit verschweigen und vergessen machen. Die Kärntner Landesregierung egal welcher Partei verließ sich immer mehr auf deutschnationale Elemente und 1948 tauchte der 10. Oktober wieder auf, 1950 waren es dann schon wieder 50.000 Menschen, vor denen die Reden gehalten wurden. Nach dem Staatsvertrag änderte sich



trotz Artikel sieben nichts an der Lage der Minderheit in Kärnten, wie Bundeskanzler Raab den Vertretern des VDU versichern sollte. So wurde der KHD als Dachverband deutschnationaler Organisationen und Vereinigungen 1957 gegründet. In weiterer Folge wurde das zweisprachige Pflichtschulwesen, das nach dem Krieg eingeführt worden war, prompt 1958 abgeschafft. Von SlowenInnen wird die freiwillige Assimilation gefordert. Hans Steinacher, Franz Koschier, Hauptmann Fritz... diese Leute, die offen erklärt hatten, während der Abwehrkämpfe für Deutschland gekämpft zu haben, paßten nicht in das Konzept der offiziellen Botschaft, wonach die Volksabstimmung ein Zeichen des Demokratiebewußtseins und des Bekenntnisses zu Österreich gewesen sei — trotzdem schien man nicht auf sie verzichten zu können. Eine große

Zahl von Burschenschaftlern marschiert jedes Jahr mit. Am Ulrichsberg treffen sich Kameradschaftsverbände "unter Mitwirkung der Wehrmacht". Koschier, der den Umzug 1970 organisierte, ist SS-Oberscharführer und Kreishauptamtsleiter der NSDAP gewesen. Sein Hauptarbeitsgebiet in der Nazizeit bestand in der Germanisierungsarbeit in "Süd-kärnten" (Oberkrain). Dementsprechend wurden (nicht nur) 1970 eben auch Eichenlaub und NS-Abzeichen ohne Scheu getragen. Am Ulrichsberg legte 1970 eine aus der BRD angereiste Abordnung der Waffen-SS einen Kranz nieder.

Die SlowenInnen werden, wo immer sie in die Öffentlichkeit gehen, angegriffen. 1972 im nationalistischen Exzeß des "Ortstafelsturms". Aktuelle Beispiele dafür sind: die slowenische Musikschule wird von Kärnten nicht unterstützt, eine öffentliche zweisprachige Volksschule trotz Verfassungsgerichtshofbeschlusses nicht zugelassen, der Widerstand gegen die Errichtung einer zweisprachigen Handelsakademie in Klagenfurt/Celovec war schwer zu brechen, das slowenische Gymnasium fällt in den Kompetenzbereich des Bundes und nicht des Landes.

Doch weiter in den 70-er Jahren: die SPÖ schwenkte mit dem neuen Landeshauptmann Wagner nach rechts, und der KHD setzte sich so mit seiner Forderung nach einer Minderheitenfeststellung durch: 1976 "Volkszählung besonderer Art", daraus folgte dann das "Volksgruppengesetz"

ALTE NATIONALISMEN — NEUES EUROPA STARI NACIONALIZMI — NOVA EUROPA

(Ausschnitt aus dem Konzept des Symposiums, ARGE "Volksgruppenfrage")

Da im weitaus größten Teil aller Nationalstaaten nach wie vor ethnisch ungleiche soziale Existenzbedingungen herrschen, gibt es dort — in je spezifischer Ausprägung — auch den ethnisch-regionalen Gegensatz, der nicht selten unter Ausnutzung des sozialen Neides, der Arbeitsplatzbedrohung und der "Überfremdungsangst" in Demagogie und politische Wahlpropaganda umgesetzt wird. In Abhängigkeit von den Machtverhältnissen, die zwischen den ethnischen Gruppen herrschen, ergeben sich dabei Konfliktlösungsstrategien, die in der Regel einem traditionellen Muster folgen: Die dominanten ethnischen Gruppen (die das "Wesen der Nation" ethnozentrisch definieren) drängen auf Assimilation oder Segregation (= Abtrennung)...

Durch die rassistische Zuspitzung solcher Strategien und Praktiken war auch die faschistische Ära gekennzeichnet... In der Gegenwart versuchen neofaschistische Gruppierungen und Parteien an diese rassistische Politik anzuknüpfen, d.h. den Staat zu zwingen, entsprechende Strategien der ethnopolitischen Ausgrenzung gegenüber alten und neuen Minderheiten anzuwenden...

Die Verringerung des Entwicklungsgefälles zwischen Ost und West, Nord und Süd, sowie zwischen den prosperierenden (= gedeihenden, vorankommenden; Anm d Korr.) mächtigen "Zentren" und den strukturschwachen benachteiligten "Peripherien" ist anzustreben. In den sog. Peripherien lebt der Großteil der europäischen Minderheiten, was mit eine Hauptursache dafür ist, daß sie in ihrer Existenz bedroht sind. Gefährdete Minderheiten können trotz aller Appelle und Förderungen nicht erhalten werden, wenn ihnen strukturell nichts Anderes zugestanden wird als kulturelles Ghettodasein und ökonomische Randständigkeit... ●

durch den "Dreiparteienpakt" in Minderheitenfragen. Inhaltlich bestimmt die FPÖ den Dreiparteienpakt, hinter ihr steht der KHD.

1980: 100.000 Menschen im Festzug, darunter Siebenbürger Sachsen, Sudetendeutsche, Donauschwaben, Kanaltaler etc... "Neue" alte Namen sind z.B. Valentin Einspieler, Ingomar Pust (VZ). Der Ruf der Heimat bezog sich auf die "Kärntner Uragst" mit der Parole "Kärnten verschenken — net amol denken"... die Heimat sei wieder in Gefahr. Dahinter steckt auch die ideologische Verteidigung politökonomischer Interessen des "Grenzlandbürgerturns".

1980 wurde der Parteitag der NDP (Nationaldeutsche Partei) unter Norbert Burger, die seit 1989 verboten ist, nach Kärnten verlegt. Die NDP sollte in der Folgezeit noch mehrmals ihre Treffen um den 10. Oktober in Kärnten durchführen. 1985 stand die Schulproblematik im Mittelpunkt der Feiern, "Heil Kärnten"-Rufe ertönten, Festredner war FP-Chef Haider. Auch auf dem Ulrichsberg sprach Haider, der u.a. meinte, die Siegermächte seien durch ihr Verhalten nach dem Ersten Weltkrieg schuld daran, daß es zum Zweiten gekommen ist. Auch NDP-Chef Burger war bei der "Friedensfeier" anwesend.

Die Entwicklungsgeschichte des Kärntner Demagogenmodells und seine schließliche Durchsetzung auf Bundesebene gegen den Willen der betroffenen slowenischen Bevölkerung beweist die immer noch vorhandene Durchschlagskraft von Traditionsverbänden und deutschnationalen Parolen in Fragen der Minderheitenpolitik. Der Fall der Berliner Mauer sollte mit aller Deutlichkeit zeigen, welche "Gesinnung" in bestimmten Kreisen herrscht. Für überholt gehaltenes Gedankengut erlebt — gestärkt durch den "Anschluß" der DDR an die BRD — einen neuen Frühling. Dazu paßt ein Landeshauptmann Haider, dazu paßt auch, daß erst Jörg Haider Landeshauptmann von Kärnten werden mußte, um dann die Ulrichsbergfeier ins offizielle Programm der Landesfeiern aufzunehmen. Seit Jahren treffen sich dort oben alte und neue Nazis, Nationalisten und Militaristen aus ganz Europa. Und Achtung vor dieser Idee des vereinten Europas! Die FPÖ-Zeitung "Kärntner Nachrichten" schrieb: "In der Waffen-SS war das vereinte Europa schon verwirklicht. Sie sind daher nicht die Letzten von gestern, sondern die Ersten von morgen. Alle Freiwilligen der Waffen-SS sind für ein vereintes Europa gleichberechtigter Völker eingetreten."

1990 blieben die Okoberfeiern eine Manifestation der "überlegenen" deutschen Kultur gegenüber der slowenischen, weiterhin versuchen die KärntnerInnen ihre slawischen Wurzeln zu leugnen. Auch durch die 40 Millionen öS "Abstimmungsspende" des Bundes ist für 1995, für das 75-Jahr-Jubiläum, eine Monsterfeier zu erwarten. ●

Zustimmung der "Grünen" zum reaktionären "Gesetz über die Bundesbetreuung von Asylwerbern"

(IGARA)

Am 5. Juli dieses Jahres hat der Nationalrat — neben der Novellierung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes und der erneuten Novellierung des Fremdenpolizeigesetzes — ein "Gesetz über die Bundesbetreuung von Asylwerbern" beschlossen.

Mit diesem Gesetz soll die seit langem gängige Praxis der Unterbringung von AsylwerberInnen in privaten Unterkünften des Bundes (???; Anm. Korr-Les.) ("...erforderlichenfalls in Flüchtlingslagern des Bundes und Ausnahmsweise in Notunterkünften wie beispielsweise Kasernen des Bundesheeres") gesetzlich legitimiert werden. Die AsylwerberInnen werden in Zukunft nach Länderquoten auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt. Die Länderquoten sollen "auf der Grundlage der um die Zahl der Gastarbeiter und geschätzten Zahl ihrer Angehörigen verminderten Bevölkerungszahl" der Bundesländer vom Innenministerium festgelegt werden.

Als einzige "Mitsprachemöglichkeit" wird ein "Asylbeirat" installiert, der dem Minister "Empfehlungen zu bestimmten Asylfragen" unterbreitet. Von den zwölf Mitgliedern werden zehn von verschiedenen Ministerien, den "Sozialpartnern" und den Gebietskörperschaften und zwei von "karitativen, in der Flüchtlingsbetreuung tätigen Organisationen" vorgeschlagen. Der Einfluß der zwei letztgenannten Vertretungen ist gleich null. Der Minister ist an die "Empfehlungen des Beirats" nicht gebunden. Der "Asylbeirat" ist eine reine Alibi-Einrichtung.

Dieses Gesetz reiht sich nahtlos ein in die Verschärfung der Sondergesetze gegen AusländerInnen. Damit ist endgültige Ausgrenzung angesagt: Die Betroffenen haben nicht einmal die Möglichkeit, in irgendeiner Weise zu beeinflussen, wohin sie verfrachtet werden. Sie haben keinerlei Rechtsanspruch auf "Bundesbetreuung". Einspruchsmöglichkeiten gegen die oft menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den Pensionen gibt es nicht. Das Verpflegungsgeld von ca. 170,-/Tag geht direkt an die PensionsbesitzerInnen. Während die Kosten für diese aufgrund menschenunwürdiger Lebensbedingungen (überbelegte Zimmer, grausliches Essen, etc.) teilweise nur einen Bruchteil dieses Satzes ausmachen, wodurch die PensionsbesitzerInnen ihre Bilanzen aufbessern, erhalten die AsylwerberInnen im Höchstfall ganze öS 400,— im Monat.

Ausgeliefert der Willkür irgendwelcher PensionsbesitzerInnen und Verwaltungsbeamter, sind die Betroffenen gezwungen, manchmal jahrelang in dieser Situation auf die Erledigung ihrer Asylanträge zu warten.

Fortschrittliche Asylpolitik hat unter an-

derem zum Ziel, Bedingungen zu schaffen, die den AsylwerberInnen ein Leben unter menschenwürdigen Bedingungen und die Fortsetzung von fortschrittlicher politischer Arbeit ermöglichen (z.B. zur Verfügung stellen von Wohnungen und ausreichenden finanziellen Mitteln, freie Wahl des Aufenthaltsortes).

Wir verurteilen deshalb auch die Unterstützung dieses Gesetzes durch die MandatarInnen der "Grünen" im Parlament. Konsequenter fortschrittlicher politischer Arbeit im Interesse der Betroffenen steht wieder einmal die Profilierungssucht der "Grünen" als staatstragende Partei entgegen.

Wie kann eine Partei, die sich so vehement als Vertreterin der Interessen nationaler Minderheiten und AusländerInnen präsentiert, so einem Gesetz zustimmen? ●

Anmerkung der TATblatt-Redaktion: *Oben gemachter Vorwurf an die "Grünen" wurde überprüft und für richtig befunden. Die "Grünen" haben diesem Gesetz wirklich zugestimmt! Damit herrscht wirklich "Erklärungsbedarf".....also her mit der Begründung, aber dalli, dalli...! Sobald es eine solche gibt, wird sie selbstverständlich im TATblatt abgedruckt werden. ●*

KURZMELDUNG

Hausbesetzung in Wroclaw/Polen

(Brief aus Polen)

Vor einigen Tagen haben etwa 30 Personen in Wroclaw ein Haus besetzt, um darin ein unabhängiges Kulturzentrum zu schaffen. Aber leider erwies sich das in diesem Haus aus einigen Gründen (wirklich sehr genau beschrieben, Anmerkung TATblatt) als unmöglich.

Dennoch geben die BesetzerInnen nicht auf. Im Rahmen der Auswechslung der Kulturhausführungen, aus denen KP-Angehörige "gesäubert" werden hoffen die Wroclawer Jugendlichen, doch noch zu einem autonomen Kulturzentrum zu kommen. In diesem Zusammenhang bitten sie uns, liebe LeserInnen, um Mithilfe: "Schreibt bitte kurz (wenn möglich auf English) an untenstehende Adresse, daß die unabhängige Jugend von Wroclaw keinen Platz für kulturelle Veranstaltungen, Diskussionen, Konzerten usw. hat, daß sie aber eigene antikommerzielle Kultur entwickeln will und dafür Raum benötigt. Wir bitten euch um eine schnelle Brief-Aktion."

Folgende Adresse erwartet massenhaften Posteingang:

DZIAL KULTURY
URZEDU MIASTRA
PL.NOWY TARG 1/8
WROCLAW — POLEN
Also Leute, seid so nett..... ●

Stapo schließt Akademie-Institut

(Eugen Böhm von Bawerk)

Am Montag den 17. September dieses Jahres fanden sich die 16 MitarbeiterInnen des Institutes für sozio-ökonomische Entwicklungsforschung (ISEF) aus der Akademie der Wissenschaften ausgeschlossen. Die Schlösser des Instituts waren ausgetauscht — ein einfacher Zettel mit der Unterschrift des Akademiepräsidenten machte klar: Man verzichtete bis auf weiteres auf ihre Mitarbeit. Mühseliges Nachfragen brachte zu Tage, daß der Grund der Aussperrung angebliche Veruntreuung "im großen Stile", "bis in Millionenhöhe" sei. Hatte der Direktor etwas mit seiner privaten Firma ESRI getrickst, die er anlässlich seines Amtsantritts aufgegeben haben soll? Hatte er sich gar übers Wochenende am Institut umgebracht?

Nichts von alledem — er selbst hatte die Dinge ins Rollen gebracht. Man hätte an seinen DM-millionenträchtigen Programmen manipuliert. Die MitarbeiterInnen seien auch noch weiterhin in der Lage, über das (seit Monaten defekte) Modem zwecks Vertuschung dieser Delikte in die Instituts-EDV einzudringen, hätten dies gar in der Nacht von Freitag auf Samstag bereits erfolgreich versucht, und es sei daher überhaupt Gefahr im Verzug. Mit einem so lautem Gutachten eines "Computerexperten" (so die spätere Strafanzeige gegen unbekannte Täter, kurz U.T.) überzeugte Direktor Wolf-Dieter Großmann den Präsidenten der Akademie. Die Stecker der EDV wurden gezogen und das gefährliche Krempel ins Hauptgebäude der Akademie gebracht. Dort waren eilends herbeigerufene EDV-Experten nicht in der Lage, einen Drucker anzuschließen, sodaß man dazu überging, verdächtige Dateien mittels Polaroid-Kamera vom Bildschirm abzufotografieren. Nach einigen 10 Fotos wurde festgestellt, daß man vergessen hatte, die Bezeichnung der Texte zu protokollieren, worauf Direktor Großmann endlich mit einem Stapel von Papieren zu Hilfe kam, die er ohnehin bereits früher in geheimer Nacharbeit ausgedruckt hatte. Der verdächtige Inhalt: "Dokumente mit Flugblatt- und Aufrufcharakter, z.T. in mehreren Sprachen und mit Impressi von Parteien und Vereinigungen"!

Nichts mehr von Manipulationen, aber möglicherweise waren die Flugblättn ja auf dem Institutskopierer kopiert worden, vielleicht sogar 1000 Stück je Vorlage, und Grossi (so die despektierliche interne Bezeichnung des kleinen Spions) hatte ja 120 Seiten ausgedruckt....(der Kopiererstand für 1990 beläuft sich allerdings nur auf 90000 Kopien, die alle durch Projektberichte und Aussendungen belegbar sind). Was bleibt, ist die verdächtige Tatsache, daß einige Dokumente — gerade die in mehreren Sprachen verfaßten — das Impressum der

"Grünen" des 4., 5. und 6. Bezirks tragen, in deren Lokal zahlreiche AusländerInneninitiativen Unterschlupf gefunden haben. Und dann noch der Brief eines Kollegen an das ZK der KPÖ, aus dem man messerscharf auf dessen Parteimitgliedschaft schloß. Zitat Generalsekretär Welzig: "Ich

Projekté notwendigen Unterlagen *abzuholen, denn welche ausländische Uni rechnet schon damit, daß bei den ProjektpartnerInnen die Staatspolizei dauernd alles wegführt?). Die Akademieleitung beteuert, dies alles sei ohne ihr Zutun erfolgt und erkämpft sich einen ganz besonders hohen



lasse auch private Briefe schreiben, aber ich unterstütze keine politischen Parteien. Nicht einmal Bischof Krenn dürfte bei mir seine Predigt ausdrücken (Welzig ist Humilologe, d.h. Predigtforscher; Anm.E.B.v.Bawerk). Und außerdem wären da auch noch andere Impressa: Aktion AusländerInnen wählen, Aktion Grenzenlos, etc. Projektanträge des Vereins Ägidi/Spalo an den Sozialminister....

Umgehend griff man in der Akademie zum Einschreibebrief und entließ beide Mitarbeiter fristlos. In der darauffolgenden Nacht vergißt man dann auch in der Eile, den Raum mit dem belastenden Glumpert zu versperren und erklärt dies nächsten Morgens kurzerhand zum Einbruch. Sämtliche Türen und Schlösser waren jedoch unversehrt, der Einbruchsverdacht samt dazugehörigem Polizeieinsatz mußte abgeblasen werden..

Dafür räumt die Staatspolizei auf Befehl des inzwischen für seine individuelle Rechtsauslegung einschlägig bekannten Richters Peter Seda die Büros des noch immer versperrt vor sich hinräumenden ISEF; Begründung: Gefahr im Verzug!

Die MitarbeiterInnen hatten nämlich das Ansinnen geäußert, wenigstens ihre privaten Dinge (z.B. Adresskarteien, Bausparverträge,...) und die für termingebundene

Grad an Glaubwürdigkeit, weil sie alles unternimmt, um das Institut (das innerhalb der Akademie der Wissenschaften stets als Fremdkörper angesehen worden war) zu schließen.

WAS WAR WIRKLICH GESCHEHEN?

Es ist nicht leicht, Außenstehenden das begrifflich zu machen (abgesehen von denen, die so etwas in diesem Staat ohnehin für völlig normal ansehen). Dennoch sind die Mechanismen bemerkenswert.

Da ist ein neuer Direktor an einem Institut — übrigens mit einigem Vorschubvertrauen seitens der MitarbeiterInnen bedacht, die sich gerade seines Vorgängers erfolgreich entledigt hatten — der erst die Beteiligung des "MitarbeiterInnen-Wunschkandidats" Peter Fleissner an der Institutsleitung mittels "Rotation" versprochen hatte und dies aber ebenso schnell wieder vergißt, wie er es versprochen hatte. Auch seine wissenschaftliche Arbeit reißt niemanden so richtig vom Hocker, und hinsichtlich seiner eher esoterischen Auslandskontakte fühlt er sich absolut mißverstanden. Seinen Gram über die ganze ihm zugefügte Schmach äußert er aber niemals in den institutsinternen Gremien — im Gegenteil; er lobt ausdrücklich die Institutsar-

beit und die MitarbeiterInnen — sondern nur im Beisein der Raumpflegerin oder der Personalreferentin. Als MitarbeiterInnenliebling Fleissner — nach einigem hin und her mit dem von ihm (und uns; Anmerkung TATblatt) angefeindeten — HBP endlich seine (vom HBP fast verhinderte) Professur an der TU Wien antreten kann und so die Geldmittel für drei weitere Festanstellungen im Institut frei werden (2/3 der MitarbeiterInnen werden über projektgebundene Werksverträge in prekären Arbeitsver-

hältnissen gehalten), sieht Großmann die Chance seines Lebens gekommen und rennt zum Kadi. Er wünscht sich gefügigere Leute als Untergebene. Ein ällicher amerikanischer Professor, dem mangels Kenntnis des Textprogramms ständig die Texte verlorengehen, spielt für Großmann den Kronzeugen....

Dann geht es schnell: Ein Rechtsanwalt formuliert eine Strafanzeige, deren erstes Kapitel, die "Grünen" und die KPÖ betref-

fend, auch sofort die Staatspolizei auf den Plan ruft. Auch wenn auf die Strafanzeige außer die von Großmann in nächtlicher Geheimarbeit angefertigten Computerausdrucke und das Protokoll des erfolglosen US-amerikanischen Textarbeiters (Spezialgebiet: Satanismus, Zusammenhang von Fertilität und Romantik) nur auf vague Verdächtigungen stützen kann, mischt sich die Stapo ein und verschleppt die Unterlagen all jener, die sie offensichtlich ohnehin schon länger im Auge gehabt hat....

Und bis zur Entscheidung der Ratskammer über eine Beschwerde der betroffenen MitarbeiterInnen hat die Stapo auch ausreichend Möglichkeit, sich in die gefladerten Unterlagen zu vertiefen und sich so ein wenig intellektuell aufzubessern (was dringend notwendig wäre).

Zwei Menschen sind nun fristlos entlassen. Den noch übriggebliebenen droht ein sanfter Abgang durch Schließung des Instituts — Begründung: Es sei angesichts der Massen an verschleppten Materialien ohnehin nicht mehr arbeitsfähig! Eine Pressekonferenz am 3. Oktober und eine Demonstration am darauf folgenden Tag vor dem Hauptgebäude der Akademie, in welcher sich die namhaftesten Institute samt DirektorInnen mit dem ISEF ebenso solidarisierten wie das Präsidium der Wiener AK oder das Wissenschaftsministerium, verhinderten aber vorerst das Schlimmste. Das Institut wird — ihre Gnaden habt Dank — "frühestens" am 31. März 1991 geschlossen werden. In der Zwischenzeit dürfen weder Aufträge angenommen noch die freigewordenen Stellen nachbesetzt werden. Die über Projekte finanzierten MitarbeiterInnen dürfen sich also sofort nach neuen Jobs umsehen, da ihre Mitarbeit über kurz oder lang (eher: wenig kurz) "nicht mehr benötigt wird".

Die Akademie ist aus dem Schneider: Die Probleme haben jetzt das Arbeitsgericht (Entlassungen...) und die Strafgerichte; die Unterlagen die Staatspolizei und die Akademie schließlich bald nichts anderes als ein lästiges Institut weniger. ●

TERMIN

Montag 29. Oktober, 20 Uhr in Neuen Institutsgebäude der Uni-Wien Hörsaal I:
Podiumsdiskussion: "Freiheit der Wissenschaft am Beispiel des Instituts für sozioökonomische Entwicklungsforschung."
Gesprächsleitung: Peter Huemer

Zum Glück gibt es immer Mittel und Wege

1) bietet die post die möglichkeit von unerwünschten zustellungen — zumindest von "massensendung ohne persönliche anschrift" — verschont zu bleiben. einfach auf das nächste postamt gehen, formular holen (oder ein paar mehr für freundInnen), ausfüllen, zurückbringen und sich bestätigen lassen, dass mensch dies auch getan hat. steht aber alles am formular.

2) beschwert sich die post darüber, dass sie von bösen, bösen leuten dazu verwendet wird, deren briefe gratis zu befördern. und zwar gehen diese so vor: sie adressieren ihre post an eine phantasieadresse im ausland (je weiter weg umso besser), und schreiben den/die richtigen empfangern des briefes als absenderIn auf den umschlag. sie selbst als sehr schüchterne personen kommen darauf gar nicht vor — eine briefmake übrigens auch nicht. die post, ihrerseits als seriöse institution bekannt, bringt nun den brief an den/die vermeindlicheN absenderIn (der/die in wirklichkeit somit — wie von diesen bösen menschen gewünscht — zum/zur empfangern der post wird) mit dem vermerk, dass der brief — weil eben nicht frankiert — ins ausland nicht zugestellt wird, und dass das korrekte porto soundsoviel schillinge betragen würde. ebendieseR empfangern — ebenso böse, versteht sich, hat nie gedacht, an diese phantasieadresse im ausland zu schreiben und hat daher auch nie daran gedacht, ein porto für dieses poststück zu bezahlen. sie nimmt den brief, entfernt den umschlag mitsamt der postnachricht, liest den brief und freut sich — wie bei bösen und auch guten menschen so üblich — nicht erwischt worden zu sein. also keinen missbrauch begehnt, ist doch klar, oder?

bei Ihrer Post



bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

| | | | | |
|---------------------------|---|---|--|---|
| <p>Das andere Papier.</p> | <p>WIEN</p> <p>1020 Springerg. 1 Tel. 2166305</p> | <p>WIEN</p> <p>1070 Schottenfeldg. 53 Tel. 964307</p> | <p>GRAZ</p> <p>81 G. isstr. 23 I. 832703</p> | <p>LINZ</p> <p>4020 Waltherstr. 2 Tel. 283420</p> |
|---------------------------|---|---|--|---|

Das über Jahrzehnte von den USA aufgebaute und ausgerüstete Militärregime Panamas war zunehmend in Widerspruch zu den Interessen der Wirtschaftseliten geraten. Den ihm zugeordneten Aufgaben — der Sicherung der sensiblen ökonomischen Basis, die vor allem im Kanal und im Banksektor besteht, sowie der Kanalisierung und Unterdrückung sozialrevolutionärer Kräfte — war es längst entwachsen. Unterschätzt wurde, so unumstritten die Isolierung des "Monsters" Noriegas (zumindest im Ausland) war, das nationale Selbstverständnis der panamesischen Streitkräfte, welche einen unbedankten Kampf gegen die Invasoren führten. Die Opfer werden offiziell verdrängt, neun Monate nach der Invasion ist das Land immer noch okkupiert und der Gegensatz zwischen der neuen Regierung als Invasionsprodukt und den patriotisch-antiimperialistischen Kräften spaltet das Land.

Panama

"die Toten werden diese Regierung stürzen"

(Marlin S.)

Neun Monate nach der US-Invasion vom 20. Dezember 1989 gibt es noch immer keine genaue Opferbilanz. Offiziell wird von mindestens 500 Toten gesprochen, doch "die genaue Anzahl wird nie erhoben werden können" — so Isabel Corro, Präsidentin der Organisation der Familienangehörigen getöteter Militärs und Zivilpersonen. "Wir glauben es waren 4000, davon 2500 Zivilisten. Doch wie willst du das feststellen, die Gringos verbrannten Leichen, übergossen Leichenberge von 30 Kadavern mit Benzin — die einen verbrannten sie, andere warfen sie ins Meer oder vergruben sie — wie willst du da wissen, wieviele es waren."

Corros Vater war Armeeingehöriger und fiel während der ersten Stunden der Invasion. Monate später konnte sie ihn bei der Öffnung des ersten und bisher einzigen der vermuteten zehn Massengräber als eine der 123 Leichen identifizieren. Jetzt organisiert sie Trauer- und Protestmärsche gegen die Regierung, welche bisher kein Interesse zeigte, sich mit den Opfern und Schäden der Invasion zu befassen. Versprechungen von Kompensationszahlungen sowie Pensionszahlungen für Soldatenwitwen blieben leere Worte. Corro selbst wird als Anhängerin Noriegas bezeichnet, während Vizepräsident Ford ehemalige Armeeingehörige als "maricas" (warme Brüder, Weiber) bezeichnet und die Regierung es nach wie vor vorzieht, in US-Geleitschutz aufzutreten. "Die Regierung hat die Macht, doch es ist nicht die ihre, es ist die der Gringos, und denen macht sie gerade einen großen Gefallen", so Corro, "Sie können zwar regieren, doch sie werden die Situation nicht handhaben können, denn das Volk wird nicht lange akzeptieren, daß ihre Angehörigen in Massengräbern gefunden werden, während gefallene US-Soldaten mit allen Ehren begraben wurden! Daß viele einfach verschwunden sind oder jetzt den Massenentlassungen zum Opfer fallen. Deshalb möchte die Regierung auch keinen Abzug der Gringos, denn wer schützt sie denn, wenn die Gringos gehen und die einheimischen Sicherheitskräfte zerschlagen sind, deren Angehörige Ford zudem als "maricas" beschimpft? — Die Toten werden diese Regierung stürzen!"

Am 20., 9 Monate nach der der Invasion, setzt sich vom Plaza de Porros aus ein langer Demonstrationszug in Richtung Altstadt in Bewegung, angeführt von Corro und

schweigenden Angehörigen während der Invasion umgekommener Menschen. Der Großteil der DemonstrantInnen ist zum Ausdruck der Trauer in schwarz gekleidet, auf weißen Tafeln werden die Namen getöteter Menschen getragen, symbolisch wird ein Kindersarg mitgeführt. Unterstützt und gefolgt wird die Demonstration von Ge-

deren Rand sich das 15-stöckige Wohnsilo "24. Dezember" wie ein fremdes Monument ausnimmt. Der Bezirk bestand vorwiegend aus von der Kanalbauzeit stammenden zweigeschoßigen Holzbauten und blieb seitdem Wohngebiet der ärmsten Bevölkerungsschicht. Durch das Bombardement in den frühen Morgenstunden des 20.



werkschaftsgruppen, StudentInnenorganisationen und diversen Linksparteien. Gemeinsam ist ihnen die Wut auf die Ignoranz der Regierung sowie auf die anhaltende Okkupation ihres Landes. Als es an den Partezentralen der Regierungskoalition vorbeigeht, werden die Sprechchöre unüberhörbar: "Das sind sie, die die Nation verkauft", oder "Maricas, wer die Invasoren rief."

Am Plaza de Cathedral wird der Demozug von den ebenfalls demonstrierenden Chorrilleros, der Bevölkerung des am ärgsten von der Invasion betroffenen Bezirkes El Chorrillo, mit Applaus erwartet, mit einer Abschlußkundgebung geht der traditionelle Protesttag des 20. zu Ende.

EL CHORRILLO DIE VERBLIEBENEN

Der um das ehemalige Armeehauptquartier gelegene Bezirk El Chorrillo wurde infolge der Invasion fast vollständig zerstört. Noch immer gleicht er einer von Straßen durchzogenen Stein und Asphaltwüste an

Dezembers wurde nicht nur das Armeequartier, sondern die ganze Siedlung in Schutt und Asche gelegt. 18000 der 22000 BewohnerInnen wurden obdachlos und sind, sofern sie nicht bei Verwandten Unterkunft gefunden haben, noch immer in Flüchtlingslagern untergebracht. Mit AID-Geld renoviert wurde bloß der 13 Jahre alte Baukomplex "24. Dezember", in dem 450 Familien leben. "Von außen eine schöne Frau, schön bemalt (geschminkt), doch innen, da wuchert der Krebs", so Carrillo, der Sprecher der BewohnerInnen. 2,5 Mil \$ stellte AID zur Renovierung zur Verfügung, welche 1,6 Mil \$ kostete: "Eine Million schwebt also noch irgendwo in der Luft." Carrillo führt uns in seine Wohnung, wo er sich mit seiner Familie wieder halbwegs eingerichtet hat. Entschädigung für seine alte Einrichtung, welche — wie das ganze Haus — nach dessen Beschädigung geplündert wurde, hat er nie bekommen. "Hier wohnen keine reichen Leute, doch ich hatte viel Keramik und sammelte Bilder, von denen ich nur eines retten konnte." Schlimmer getroffen hat es einen anderen

Bewohner, der uns ebenfalls in seine Wohnung führt: Auf Kredit hatte er seine kleine Wohnung möbliert, mit Küchengeräten ausgestattet und eine kleine Bibliothek eingerichtet. Seine Wohnung ist vollständig ausgebrannt, er selbst konnte sich ins Badezimmer flüchten, bevor er evakuiert wurde. Geblieben sind nackte Wände, die Brandspuren wurden lediglich übermalt, Einschußlöcher sind sichtbar neu verputzt, an den Wänden zeigen sich bereits Risse und der Küchenboden steht unter Wasser. Was ihm blieb, sind die Kreditrückzahlungen — bis er wieder genug Geld hat, um die Wohnung bewohnbar zu machen, lebt er bei Verwandten.

dürfen, welcher den Zutritt kontrolliert. Die Hälfte der Militärs wird von US-Soldaten gestellt, junge, kurzgeschorene Blondköpfe, an deren Tisch sich gerade das Verpackungsmaterial ihres Nationalgerichtes stapelt. "Die Gringos kontrollieren hier alles."

Immer noch leben hier 2400 Menschen, vorwiegend Chorrilleros, familienweise in durch dünne Holzplatten voneinander abgetrennten Notquartieren von 3x3 Metern untergebracht. Dennoch können viele von Glück sprechen, die Invasion überlebt zu haben — was die Chorrilleros betrifft war es reiner Zufall, daß ihre Holzbauten nicht sofort abbrannten und sie großteils noch evakuiert werden konnten, bevor ihr ge-

Durchfall, meine Kinder weigern sich immer häufiger, überhaupt etwas zu essen.

Smith, einem der Sprecher des Komitees, kostet es einige Mühe, die LagerbewohnerInnen über Megaphon in einer Ecke des Hangars zu versammeln um sie zur Teilnahme an der morgigen Demonstration aufzufordern. "Die Panameños sind ein fröhliches Volk: selbst härteste Lebensbedingungen konnten ihnen die Lebensfreude und den Optimismus nicht nehmen, doch nach 9 Monaten in diesem Lager machen sich Hoffnungslosigkeit und Lethargie breit" — meint er uns gegenüber später.

"Raus aus euren Verhauen, raus auf die Straße! Ich behaupte nicht, daß eine weitere Demonstration eine Lösung bringen wird, doch wir müssen uns sehen lassen, müssen präsent sein — oder wollt ihr den Rest eures Lebens in diesem elenden Lager zubringen?" — brüllt er ins Megaphon und, wenn auch langsam, kommt Kampf Stimmung auf.

Am Vormittag des 20. zieht der Demonstrationzug der Chorrilleros — deren TeilnehmerInnen ebenfalls in Schwarz gekleidet — Richtung Präsidentenpalast. Als es an der Bank vorbeigeht, welche für die Auszahlung der 6500\$ — "Entschädigung" zuständig wäre, wird die die Aggression spürbar und hörbar, welche sich zunehmend steigert, als Präsident Endara sich zunächst 2 Stunden weigert, das Komitee zu empfangen. Schließlich gelingt es doch, eine Unterredung zu erzwingen — Das Ergebnis ist ein weiterer Vertrag, welcher Entschädigung verspricht. Im Dezember sollen die ersten Wohnungen in El Chorrillo fertig sein, der Wiederaufbau des Bezirks im März abgeschlossen sein. Freude und Zweifel machen sich unter den DemonstrantInnen breit, doch für den heutigen Tag haben sie ihr Ziel erreicht.

Der Zweifel an der Einhaltung des Vertrages ist berechtigt. El Chorrillo, der ehemalige ArbeiterInnenbezirk, ist seiner Lage neben der Altstadt und direkt am Meer wegen, durch dessen "Räumung" längst zum begehrten Spekulationsobjekt geworden und tatsächlich befinden sich schon Teile in Privatbesitz.

INDIVIDUELLE FORDERUNGEN

In hunderten von individuellen Fällen kämpfen engagierte AnwältInnen um Schadenersatz und Kompensationszahlungen. Ca. 350 solcher Fälle bearbeitet das Anwaltskollektiv der "abogados asociados". Garciela Dixon schildert uns typische Fälle:

Am 1. Weihnachtstag nähert sich eine junge Familie am Weg nach Hause mit dem Auto einer US-amerikanischen Straßenkontrolle. Zur gleichen Zeit ist eine nicht zu lokalisierende Explosion zu hören und die US-Soldaten eröffnen Feuer auf das Auto, infolgedessen der 29-jährige Familienvater ums Leben kommt.

Am 23. Dezember will ein Einwohner



6500\$ pro Familie wurde den BewohnerInnen El Chorrillos von den USA zugesagt, deren Auszahlung ist allerdings von Hindernissen begleitet. Die ausgestellten Schecks erwiesen sich zunächst als ungedeckt, dann wurde deren Auszahlung an den Nachweis eines Haus- bzw. Wohnungskaufes gebunden — mit 6500\$ ein Hohn — und für die Differenz auf die weit höheren Wohnungspreise wurden Kredite verweigert. Abgesehen davon können viele nicht nachweisen, in El Chorrillo gewohnt zu haben. Keinen Anspruch auf die 6500\$ haben die Bewohner des "24. Dezembers", begründet mit der "Renovierung" ihres Hauses.

EL CHORRILLO, DIE FLÜCHTLINGE

Zu elft in einen kleinen Jeep gepfercht fahren wir mit dem Flüchtlingskomitee nach Albrook, einem aufgelassenen Flughafen, in dessen zwei immensen Hangars das größte von 7 Flüchtlingslagern untergebracht ist. Das Flüchtlingskomitee hat sich mittlerweile den Zutritt zu diesem Lager erkämpft, dennoch müssen wir 15 Minuten warten, bis wir den Militärposten passieren

samtler Besitz in Flammen aufging. Von Glück berichtet uns auch der Lagerbewohner Castro: "Die Gringos warfen mich zu Boden, ihre Waffen bereits auf mich gerichtet. Da ich einen Vollbart trug, hielten sie mich für einen Militär und drohten mich zu exekutieren. Ich bin Zivilist schrie ich sie an und konnte mich im letzten Moment als solcher ausweisen. [...] Nach Albrook gebracht meldete ich mich freiwillig als Lagerkoch der US-Küche — ja und da war dann für die Gringos alles wunderbar, da wollten sie dann alle groß Freunde sein."

Zu sechst lebt die Familie Ortega in einer der hundert Notunterkünfte. Die 4 Kinder — das älteste ist 4 Jahre alt — liegen lethargisch auf den 3 Feldbetten verteilt. Über dem "Zimmer" ist ein Tuch gespannt, um das Licht der Deckenscheinwerfer des Hangars etwas zu dämpfen. Juan Antonio Ortega klagt über die unzureichende und schlechte Nahrungsmittelversorgung: "Solange noch die US-Küche bestand, da klagten wir zwar auch, doch da gabs wenigstens noch Milch. Jetzt ist die Feldküche von unserer Regierung übernommen worden [...] Viele haben Magenbeschwerden und

Hauptstadt eine vor seinem Haus gefundene Waffe bei der US-amerikanischen Sammelstelle abliefern. (Die USA zahlen für abgegebene Waffen.) An die Waffe ist ein weißes Tuch gebunden, doch während der Mann an einer Straßenkontrolle den US-amerikanischen Soldaten sein Vorhaben erklärt, eröffnen andere US-Soldaten Feuer auf ihn. Eine Kugel trifft ihn ins Auge, er verliert infolgedessen das Augenlicht eines Auges komplett und des anderen teilweise.

Gemeinsam ist all den Fällen, daß die Schadenersatzforderungen von der zuständigen US-Basis Fort Cleyton kategorisch zurückgewiesen wurden. "So bleibt uns nichts anderes übrig, als selbst nach Washington zu gehen", so Dixon — die Aufstellung eines US-Visas vorausgesetzt. Dixon klagt über die starke Behinderung ihrer Arbeit: Am Zutritt zu den Flüchtlingslagern wurde sie lange gehindert und es gibt starken Druck auf die Flüchtlinge, keine Anklagen zu erstatten. In Albrook hat sich bereits eine Mafia herausgebildet, welche mit der Lagerleitung kooperiert. Die Insassen werden systematisch demoralisiert, Drogen sollen in Umlauf gebracht worden sein — alles, um einer gemeinsamen Auflehnung entgegenzuwirken.

Dixon berichtet auch von unzureichender medizinischer Versorgung: Verletzungen wurden bei deren Protokollierung systematisch untertrieben und dann entsprechend inadäquat behandelt. Verletzungen durch Granatsplitter etc. wurden beispielsweise zu Hautabschürfungen heruntergespielt, wodurch es zu Entzündungen und anderen Sekundärfolgen durch nicht entfernte Metallteile im Körper kam. Ebenfalls heruntergespielt werden Krankheitsepidemien und aufkommende Seuchen im Lager; in jüngster Zeit starben vier Kinder an Meningitis (Hirnhautentzündung).

Die Anklagen werden vor US-amerikanischen Gerichten, aber auch vor dem inter-amerikanischen Gerichtshof der OAS vorgebracht, übrigens die ersten Anklagen gegen die USA in der Geschichte der Organisation Amerikanischer Staaten. Eine starke Rechtsposition bildet der Kanalvertrag selbst: Demnach haftet die USA für alle durch ihre Armee in Panama verursachten Schäden — ein Passus, welcher zur Anwendung kommen müßte, gab es doch keine Kriegserklärung seitens der USA an Panama, als diese das Land invadierte.

DER IWF BRAUCHT NICHT ZU FORDERN — ODER: DIE FUNKTION DER REGIERUNG

Die Hoffnung des Landes auf großzügige Wirtschaftshilfe seitens der USA sowie auf Kompensationszahlungen für die durch die 2-jährige Wirtschaftsblockade und die anschließende Invasion verursachten Schäden wurde herb enttäuscht. Die anfangs gemachten Zusagen von bis zu 2 Mrd. \$

schrumpften auf 420 Mil \$, von welchen allerdings ca. 280 Mil \$ als Schuldentrückzahlungen und Investitionsförderungen für US-Konzerne in Panama direkt in den USA verbleiben. Vom verbleibenden Drittel dienen 42 Millionen für Soforthilfen im Sozial- und Infrastrukturbereich, die restlichen ca. 100 Mill. \$ sind an Bedingungen gebunden, "welche geeignet sind, aus Panama eine Kolonie zu machen". Unter anderem soll den USA das "Recht auf legale Grenzverletzungen" eingeräumt werden, die Küstenpatrouille soll in US-Hände übergehen — bei Bezahlung durch Panama — und den US-Behörden soll freier Einblick in Konten panamesischer Banken gewährt werden.

Der Regierung Endaras scheinen, schon wegen der Notwendigkeit, die Beziehungen zu den internationalen Kreditgebern zu normalisieren, die Hände gebunden — doch diese gedachte sie offensichtlich auch nicht zu gebrauchen. Vielmehr wurde vom Vizepräsidenten Ford selbst eine "Nationale Strategie zur Modernisierung und Entwicklung der Wirtschaft" ausgearbeitet und vom Parlament approbiert, welche aus der neoliberalen Bibel des IWF stammen könnte und von diesem auch sofort für gut befunden wurde. Die Realisierung des Planes setzt die 420 Millionen-"Hilfe" voraus und diese wurde ob der Begeisterung über den Plan zusätzlich an dessen Realisierung gebunden.

Unter dem Schlagwort Flexibilisierung sollen vor allem Arbeitsgesetze wie Arbeitszeitbestimmungen, Kündigungsschutzbestimmungen, Zuschläge für Überstunden und Sonntagsarbeit, das Verbot zur Beschäftigung Minderjähriger sowie der 13. Monatsgehalt gestrichen werden. Ein neues Steuergesetz soll die Progressivität der Einkommenssteuer abbauen, "freie" Lohnvereinbarungen Kollektivlohnvereinbarungen ersetzen. Weiters sollen Einfuhrbeschränkungen abgebaut und Staatsbetriebe — bis hin zur Wasserversorgung — privatisiert werden.

Norma Cana, Monatsvorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes, welche uns obige "Flexibilisierungsmaßnahmen" auflistete, kämpft energisch gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Sie sieht nicht nur die Eliminierung von Arbeitsgesetzen als illegitimes Mittel zur Wirtschaftspolitik, sondern auch das Grundgesetz sowie die Bestimmungen der International Labour Organisation ILO verletzt. Weiters kritisiert sie, daß der Plan auf keine Studien der wirtschaftlichen Situation aufbaut sowie keine Studien über die Auswirkungen des Planes vorliegen. Hernan Arboleda, Angestellter des Wirtschaftsministeriums und Mitautor des Planes sieht für solche Studien keine Notwendigkeit: "Wir müssen unsere Ressourcen dort einsetzen, wo sie am nötigsten gebraucht werden, Höchste Priorität hat die Umsetzung des Planes, mit der Formulierung und Durchbringung der Gesetzesänderungen sind wir genug beschäftigt."

Ebenfalls nicht gelten läßt Arboleda den

Vorwurf, der Plan sei vom IWF diktiert: "Der Plan soll alles beseitigen, was der Entfaltung einer freien Marktwirtschaft im Wege steht; der IWF-Vorwurf ist absurd, der Plan enthält Wirtschaftsstrategien, welche in der ganzen Welt realisiert werden, wie jetzt auch in der DDR, bzw. in Deutschland. Und auch in der Sowjetunion — Gorbatschow macht das gleiche und es wäre absurd zu unterstellen, sein Wirtschaftsplan sei vom IWF."

Ricardo J. Aleman, Präsident der Handelskammer, weist gleich eingangs unseres Interviews alle Kritik am Plan kategorisch zurück: "Wer den Plan kritisiert, hat ihn nicht gelesen." Er sieht die Wirtschaftsreform als notwendige Vorbereitung auf den durch den Bush-Plan vorgeschlagenen gemeinsamen Markt Amerika, außerdem sei die heimische Wirtschaft durch die starren und komplizierten Arbeitsgesetze und das hohe Lohnniveau nicht mehr regional konkurrenzfähig.

"Wir sind uns schon bewußt, die Reichen werden reicher — doch das ist ja auf der ganzen Welt so, warum sollte das hier anders sein. Ich will jetzt nicht sagen, die Armen werden ärmer, was wir wollen ist, daß die Reichen [in Panama] investieren."

Aleman begleitet in einigen Tagen den Vizepräsidenten Ford nach Japan und andere asiatische Länder, um dort für Direktinterventionen zu werben, in welchen er das Rezept für einen Wirtschaftsaufschwung sieht. 50000 neue Arbeitsplätze erhofft er sich aus dem asiatischen Raum in den nächsten 2 Jahren.

Für den Fall, daß Auslandsinvestitionen alleine nicht ausreichen, die hohe Arbeitslosigkeit — sie liegt momentan zwischen 20 und 40%, je nachdem wie weit mensch Unterbeschäftigung einrechnet — wurde ein Nationaler Notstandsfond eingerichtet. Durch 3000 Mikroprojekte soll Arbeit geschaffen werden — zum Mindestlohn und ohne Berechtigung auf gesetzlich vorgeschriebene Sozialleistungen.

In einer Publikation des Instituts für nationale Studien wird die Wirtschaftspolitik der Regierung heftig kritisiert, insbesondere wird auf die sozialen Implikationen hingewiesen: "Aus sozialer Sicht weist die Strategie einen klaren regressiven Charakter auf. Dies bezieht sich nicht nur auf die Kürzung der Sozialausgaben und die Erhöhung des Pensionsalter, sondern auch auf die Absicht, der Arbeitskraft signifikant an Wert zu nehmen, das heißt, das interne Lohnniveau zu senken. [...] Der Ausschluß der Interessen weitester Bevölkerungssektoren lenkt die Aufmerksamkeit auf die Inkompatibilität, welche in der Ausführung einer solchen Politik, wie sie im Dokument enthalten ist, und der realen Verwirklichung der Demokratie besteht." Dazu Aleman: "Wer uns Geld gibt, macht die Bedingungen — ist das demokratisch? — natürlich, wir können sie zur Hölle schicken, doch dann bekommen wir keinen Penny."

ALGUN DIA: VENCEREMOS

Wie TATblatt-LeserInnen wissen, pochte es am Abend des 9. Oktobers 1990 unversehens und laut an der Wohnungstür der Wohngemeinschaft Mathias N. - Konrad H. - Hedda S.

Wie TATblatt-LeserInnen nicht wissen, war es die Nachbarin Maria S. (85, Pensionistin, alleinstehend), die da gepocht hatte. Wie selbst Mathias N., Konrad H. und Hedda S. nicht mehr wissen, war es bloß *irgendwas*, was Maria S. zu dieser Handlung bewegte hat.

Aldies hat für den Fortgang der vorliegenden Geschichte aber nicht die geringste Bedeutung. Bedeutender an diesem Abend wäre da schon die Tatsache gewesen, daß bislang unbekannte TäterInnen die Leuchtwerbe-

buchstaben einer Filiale einer großen Selbstbedienungslebensmittelgeschäfts-kette, die am Tag darauf felerlich eröffnet hätte werden sollen, mit Steinen eingeschlagen haben. Am Geschäftsportal haben sie in ansprechenden lösungsmittelfreien Farben aus FCKW-freien Spraydosen die lakonische Botschaft „Freut euch, freut euch, Leute!“ hinterlassen.

Dazu liegen uns aber leider keiner weiteren Informationen vor. Und so vergingen wieder einmal die Tage, so wie sie es seit Einführung der Zeit immer und immer wieder getan haben und so finden wir uns heute im Gemeinschaftszimmer der Wohngemeinschaft Mathias N. - Konrad H. und Hedda S. wieder....

KEIN HAUS AM FRIEDRICH-ENGELS-PLATZ

3. Das letzte Abendmahl

„Hier kommen wir schon
auf ein ganz absonderliches Gebiet“
(Friedrich Engels; 1894)

„I waß ned! I waß ned!“ sagt Mathias N. und verzieht dabei sein Gesicht in einer Art und Weise, als wüßte er nicht.

Konrad H. sieht ihn an und versetzt seine Gesichtszüge in eine Lage, als sollten sie fragen „Was weißt du nicht?“

„Jitza hab i um — was waß i — hundert Schilling beim Biller eingfladert, aber gleichzeitig dort um zirka hundert Schilling einkauft, weil i ja scho dort war, und aber für die sperrigen Sachen kan Platz ned g'habt hab in da Hosen, oder in der Jacken, oder so. Und des find i irgendwie scheiße, wenn dieser Scheiß-Biller no daran verdient, wenn i earm ausfladern will.“ Konrad H. weiß, was Mathias meint, genauso wie er auch weiß, daß der Name des Geschäftes von der Redaktion frei erfunden ist, jede Ähnlichkeit mit tatsächlich existierenden, existiert habenden oder gerade zu Tode sabotiert werdenden Geschäftsketten unzufällig und ganz und gar erwünscht wäre. Dennoch sieht er es etwas differenzierter. Vielleicht sogar dialektischer. Auf alle Fälle anders. Zum jetzigen Zeitpunkt möchte er aber nicht darüber diskutieren, quält ihn doch gerade jetzt ein ganz anderes Problem.

Gerade wie er es zur Sprache bringen will, und hiezu eine neben ihm liegende Zeitung mit einem, mit roten Kugelschreiberlinien angezeichneten kleinen Artikelchen darauf, in die Hand nimmt, sagt Mathias noch mal rasch „Scheiß Biller!“ „Ja!“ , gibt ihm Konrad recht, als auch schon das Telefon läutet.

„Ja!“ wiederholt Konrad, nun an eine ihm noch ganz und gar unbekannt Person gerichtet, die mutmaßlich am anderen Ende der Leitung ihm ihr Gehör schenkt, um es mal ganz blöde auszudrücken — schließlich kann im Zeitalter von Glasfasertechnik und ISDN kaum von irgend einem anderen Ende irgendeiner Leitung gesprochen werden, genausowenig wie zwingend von einer Person gesprochen werden kann, die da während eines Telefongesprächs ihr Gehör verschenkt, abgesehen davon, daß einem/r heutzutage nichts mehr geschenkt wird (ausgenommen Werbe-Weihnachts- und Geburtstagsgeschenke, freilich).

Dem Ja' folgen zwei freundliche ‚Hallo's, dann ein mürrisch-unfreundliches, ja nahezu bedrohliches ‚Hallo', ehe Konrad den Telefonhörer zurück auf die Gabel donnert.

— „Niemand daham?“ , heischt Mathias um eine Erklärung.

— „Genau!“ , antwortet Konrad.

„Tschuldigung! Hast du zufällig an Kugelschreiber einstecken?“ fragt ein unauffälliger Beifahrer eines am Straßenrand unauffällig abgestellten PKWs unauffälligen Äußerens den unauffällig hinter dem Lenkrad sitzenden Kollegen, nachdem er eben von einer nahen Telefonzelle unauffällig zurückgekehrt ist. „Na!“ , antwortet der Angesprochene. Ungläubig versucht der angesprochen habende sein Mißfallen durch beiläufiges Schnaufen auszudrücken, ehe er pflichtbewußt meldet: „Es hat wer abgehoben! Also is wer da!“

— „Und wer?“

— „Weiß ned! Männlich!“

— „Naja, wart ma halt ab!“

— „Wie immer.“

— „Wie immer!“

„Iber und Iberall nist' se der ein, der Biller!“ , referiert Mathias ungebrochen im trauten Wohnungskreis. Auch Hedda ist zwischenzeitlich in das Gemeinschaftszimmer gekommen. Weniger um den Ausführungen Mathias' zu lauschen, die ihr ja nicht unbedingt etwas neues sind, als vielmehr um eine Zeitung zu suchen, die sie — soviel sei an dieser Stelle vorweggenommen — in wenigen Minuten auch finden und in ihr Zimmer nehmen wird.

„Des Milchg'schäft vorn am Eck hat freilich schon zusperrten müssen, is ja keine und keiner mehr hingangen. Dafür hab ma da einen Biller, vorn einen Merkua, vom Biper, Liteger, Lipro, Kleff und Monto gar ned mal no zu reden. Und alle gehören zur Biller-Kette. Damit machens alle Nahversorgungsstrukturen hin, habn fast scho a Monopol, und führen sie mords-g'schissen auf. Earnre Leit' müssen für 2000 bis 6000 Schilling hackeln, zu ärgsten Bedingungen, unterm Kollektivvertrag also, zum Teil, und Überstunden werden nur dann ausbezahlt, wenn die Filiale eine bestimmte Umsatzhöhe erreicht. Aber der Konzern macht Wahnsinns-Gewinne und expandiert und expandiert. Den KOOP solln's a scho kauft haben....“

„Jaja!“ , gibt Konrad recht, „dort wo des Milchg'schäft drin war, soll jetzt a ‚Onkel-Emmer-Laden' rein. Des is diese neue Kette, die was so auf ‚kleiner Greißler' tut, ansonsten aber freilich genauso zum Biller g'hört, wie alles andere.“

— „Ma waß ja gar nimmer, wo ma da ansetzen soll, wenn ma was dagegen tun will. Biller, Emmer, Merkua,...“

— „Es ist verdammt hart,...“

Es ist ein schircher, bitterkalter Abend, irgendwie nebelig, überaus unwirtlich. Und dennoch: es könnte schircher, bitterkälter, irgendwie nebeliger und auch überaus unwirtlicher sein. Mathias N., Konrad H., Hedda S. und Anna M. sitzen zusammen an einem Tisch in einem Restaurant, wo es ebenfalls schirch, dafür aber nicht bitterkalt, zweifellos überaus unwirtlich, aber irgendwie nicht nebelig ist.

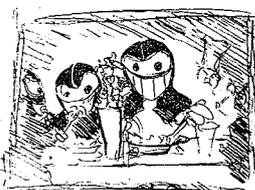
Es sind nur eher kleine Speisen, die die vier revolutionären FreundInnen zu sich nehmen, es sind Belanglosigkeiten, die sie bequatschen, und es ist schnellbindender Zement, den sie während eines unauffälligen Toilettenbesuches ausgiebig in die Klomuschel-Abflüsse schütten.

Gegen 23.30 verlassen die 4 GenossInnen frohen Mutes das Restaurant, das übrigens zufällig(?) auch zur Biller-Kette gehört. Schon am nächsten Tag wird der „übliche“ spurenfreie Brief, wo die Aktion ausführlich erklärt wird, in den Redaktionen verschiedener Zeitungen, der Geschäftsführung des Restaurants, und auf alle Fälle beim Akin und TATblatt einlangen.

„Personen verlassen Lokal wieder. Zielperson 1 ist nicht dabei. Begeben uns wieder auf Position F!“ Der unauffällige PKW mit den unauffälligen Beamten bleibt nach dieser unauffälligen Meldung noch eine Minute unauffällig stehen, startet dann und braust mit quietschenden Bremsen aus der Parklücke.

Nur wenig später begutachtet der Geschäftsführer des Restaurants fluchend sowohl die sogenannten Herren- als auch die sogenannten Damentoiletten. Spuren auf allfällige UrheberInnen der ekelhaften Überschwemmung in den Sanitärräumen findet er keine vor. Den Rest überläßt er der Polizei.

Fortsetzung folgt ●



Der Terrorismus der Lakaien

oder

Der Beitrag der Polizei zur Motivation der Linken

Zur Antifaschismus und Antiausländer/innenfeindlichkeitsdemo
am 5.10.

Es vergeht ja kaum ein Tag, an dem den Linken keine Gewaltverzichtserklärung abverlangt wird.

Als politische Autodidakten haben sie nicht wahrgenommen, daß dieser Staatsköder zur Desorientierung ausgelegt wurde, und sie fressen ihn. Wahrlich, ein Meisterstück der Machiavellisten: Die unbewaffneten Idealisten, die ständig Frieden hauchenden, die sanften, gesundlebenden Naturköstler...sie, die beim Anblick eines überfahrenen Staubflüglers tränenüberströmt Technik und Zivilisation verdammen, sie lassen sich von den Partei-Parasiten, den von Banken und Monopolen gekauften, einschüchtern. Sie, die barfuß durch die Wiesen streifen, werden von Siefel tragenden Gewalt-Verwaltern immer wieder aufgefordert: Sag, wie hältst du's mit der Gewalt? Das ist nicht Ironie des Schicksals, das ist Idiotie der Wirklichkeit! Die Autonomen, die "Schwarzen Blocks", werden zu ebenbürtigen Kontrahenten der Staatsmacht emporgehievt; das ist jeden politischen Verstand anwidernde Verwässerung. Da werden Dimensionen verzerrt, deren Ausmaß noch gar nicht abzusehen ist. Zu dieser lächerlichen Gleichung gesellt sich die Denunziation....(1)

Wieder einmal hat die Polizei ihrer politisch geschürten paranoiden Imagination vom Bürgerkrieg gegen Antifaschist/innen Realität verschafft und den Aktionsort der Demonstration in ein Schlachtfeld verwandelt. Die Vorgangsweise der Polizei war zumindest in zweierlei Hinsicht vollständig verkehrt und unermesslich unangemessen:

1. was die Inhalte der Demonstration und uns Protagonist/innen dieser Inhalte betrifft: Mensch sollte doch voraussetzen dürfen, daß eine Demonstration gegen Faschismus und Ausländer/innenfeindlichkeit von den Organen eines Staates, der sich demokratisch nennt, nicht nur bloß geduldet, sondern mit dem entsprechend großem Aufwand unterstützt wird: Zehntausende hätten zu einem solchen Anlaß auf die Straße strömen müssen. Daß es nur so wenige hundert waren, zeigt, daß die Verzerrungs-, Einschüchterungs- und Diffamierungskampagne gegen Antifaschist/innen in diesem so demokratischen Staat doch großen Erfolg hat.

2. was das Gewaltaufgebot betrifft: mit einer waffen-, also haßstarreren Bürgerkriegsarmee zog die Polizei gegen uns ins Feld und trug uns Wehrlosen die Schlacht an, nein: zwang sie uns auf. Mutig! Mutig! Kan mensch da nur sagen.

Ich gehöre zu jener Gruppe, die isoliert und eingekesselt wurde, und ich muß gestehen: Mir wurde zunehmend ungut. Ich wußte noch nicht, wie unheimlich es ist, als Wehrloser einer waffenstarreren Phalanx unmittelbar gegenüberzustehen, ohne vor noch zurück zu können. Schattendorf schoß mir durch den Kopf und Ernst Kirchwegger. Sie könnten mich jetzt ermorden, dachte ich, und würden nicht wirklich zur Rechenschaft gezogen werden...*

Da tat sich plötzlich völlig überraschend direkt vor mir eine Lücke in der Mauer der Polizisten auf, und es wurde uns zu verstehen gegeben, daß, wer wolle, die Steh-"Demonstration" auf diesem Weg verlassen dürfe. Ohne zu zögern machte ich von diesem Angebot erleichtert Gebrauch. Ich bin weder ein Held noch ein Märtyrer. Mich eckelt vor beiden Typen.

(Erinnern wir uns an die Antiopernball-demonstration 88: Eine Frau wird von einem Polizeiauto überfahren. Ergebnis: Freispruch für Lenker des Fahrzeugs, Zivilrechtverfahren noch immer nicht abgeschlossen, bzw. wird vom Innenministerium erfolgreich verschleppt. Anm. d. Tb)

Als ich, schon draußen, stehenblieb und mich umblickte, hatte sich plötzlich ein Hüne von der Alarmabteilung vor mir aufgepflanzt: jetzt gehsd oba ham, sunsd kriegsd as mid mir zduan." Zwar ging ich nicht heim, aber ich ging. Ich hatte noch eine Verabredung und war erleichtert, so ungeschoren davongekommen zu sein.

Im Weggehen fiel mir der Artikel 1 des Österreichischen Bundesverfassungsgesetzes ein: "Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus."(2) und ich wundere mich, daß solche Sätze im Gesetzestext stehen können, ohne rot zu werden.

Erst am nächsten Tag erfuhr ich, daß die Polizei die gefährliche Drohung ihres Vorhandenseins auch in die Tat umgesetzt hatte, und daß viele Polizisten sich (zum Teil schwerster) Körperverletzungen schuldig gemacht hatten.

LeserInnen- Reaktionen Diskussion

betreffend ANTIFA-Demo vom 5. 10.
und TATblatt-Artikel „Der Kessel“ aus
TATblatt minus 63

*Nichis Feigeres unter der Sonne
als Polizist zu sein
denn da gehört schon ein Mordsmut dazu
aus waffenstarrer Phalanx
auf Wehrlose loszuschlagen
"Alle Entrüstung [aber] ist folgenlos, wenn sie
ohne Kenntnisse und langdauernden Zorn ist"*
(3)

Für den "langdauernden Zorn", dafür, daß die Intensität unserer Motivation niemals verebben wird, sorgt u.a. die Polizei. Und die Berichterstattung der selbst verhetzten Massenverhetzer. Diese erwies(en) sich wieder einmal der Verlogenheit einer sozial"partner"schaftlich organisierten Zwangsgesellschaft würdig. Peinlich, peinlich, wie sich die Journalle bemühte, die eklatante Unangemessenheit des Polizei"einsatzes" in eine Angemessenheit unzustillsieren, wie sie vor jedem wahren Sätzchen zurückschreckend ein tatsachenwidrig ausgewogenes Gewäsch produzierte. Würden diese Journalist/innen so aussehen wie ihre Berichterstattung, man müßte die Krüppelchen künstlich am "Leben" erhalten. Das allerdings werden sie ohnehin.

Wir werden uns von den Lakaien der Polit-Lakaien des Profit-Mobs weder abschrecken noch einschüchtern lassen. Auf der nächsten Demo sehen wir uns wieder! Auf die Abschaffung von Polizei und Militär!

("Döglit Bögl!") ect. ect.

Aus ganzem Umsturzerzen Euer E.K. ●

(1) F. Amilie' - Robert Halbach - Bernd Kramer. Ich hasse zu hassen. Berlin 1988

(2) Felix Ermacora (Hg) Österr. Bundesverfassungsgesetze. Wien-Köln 1989

(3) Benno Müller-Hill. Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933-1945. Steinbeck 1988. S.102

einige Überlegungen zum Überfall auf die Antifa-Demo und zum anti-faschistischen Kampf überhaupt

Beginnen möchte ich mit einer Kritik an der Vorbereitung. Es geht nicht, daß sich nur einige wenige um die Organisation einer solchen Demo kümmern. Ein Hauptfehler war, daß wir aufgrund der fehlenden Auseinandersetzung zu keiner gemeinsamen Einschätzung fähig waren. Ich und die meisten anderen TeilnehmerInnen auch,

gingen mit dem Bewußtsein auf die Demo, heute wird eh nix passieren. Das hatte meiner Meinung nach folgende Gründe:

a) die Demo ist von der SJ angemeldet.

b) es ist eine Anti-Fa. Demo

c) 2 Tage vor der Wahl werden die Bullen keine Demo angreifen

Da vorher keine breite Auseinandersetzung stattfand, konnten wir auch nicht gemeinsam reagieren. Ich halte es also für absolut notwendig, daß sich möglichst viele Gruppen und Einzelpersonen an der Vorbereitungsarbeit zu Demos beteiligen. Sollte dies nicht der

Fall sein muß überlegt werden, wie sinnvoll es trotzdem auf die Straße zu gehen. Wie gesagt, ich glaube wir können nur dann Stärke demonstrieren, wenn wir uns vorher, gemeinsam überlegen wie wir in verschiedenen Situationen agieren/reagieren wollen. Dadurch, daß es zu keiner breiten Vorbereitung kam, konnte die Vorbereitungsgruppe kaum feststellen, welche Gruppe sich an der Demo beteiligen werden. Und da ist jetzt mein 2. Kritikpunkt: Wir hätten die Demo selber anmelden müssen. Schon am Opernball hatten wir doch schlechte Erfahrungen damit, daß eine andere Gruppe die Demo angemeldet hat. Hätten sich jedoch viele Menschen an der Vorbereitung beteiligt, hätte die Demo auch noch 24 Std. vorher angemeldet werden können. So aber haben sich alle auf die SJ verlassen. Nun noch ein letzter Kritikpunkt an der Vorbereitung. Es geht nicht, daß Gruppen auf dem Aufrufplakat stehen, ohne daß sie vorher gefragt wurden.

Nun möchte ich etwas zur Situation vor der Oper schreiben. Ich kam um ca. 18 Uhr zur Oper. Das war erstmal ein großer Schock. Überall standen Bullen herum. (so viele wie sie sonst noch nie in den letzten Jahren aufgeboden haben) Die meisten in Kampfausrüstung. Meine Stimmung hob sich kurzfristig als ich sah wie viele wir waren. (ca. 600) Sie senkte sich jedoch sofort wieder als ich erfuhr, daß die Demo nicht angemeldet wurde. Klar auch ich war wütend, daß die SJ die Demo nicht angemeldet hatte, aber die ganze Schuld für die kommenden Ereignisse auf die SJ abzuschieben ist eine zu billige Ausrede. Als klar wurde, daß die Demo untersagt wurde, verließen ziemlich viele den Kundgebungsort wieder, so daß letztendlich nur mehr 300 Personen übrigblieben. Während die SJ lerInnen mit den Bullen verhandelten, kamen immer wieder Sprechchöre auf: Wir wollen Gehen. An sich eine richtige Parole aber ich fand es beschissen, daß diese Sprechchöre von hinten kamen. Da wie gesagt kaum etwas über-

legt worden war, wollte auch niemand in den ersten Reihen gehen. Die Bullen waren von allen Anfang darauf aus die Demo zu zerschlagen. So filmten die Bullen aus wenigen Meter Entfernung die Demonstration. Um diese Provokation zu beenden wurden einige Böller Richtung Stapofilmer geworfen. Trotz dieser Provokationen setzte sich der Demozug ganz langsam in Bewegung. Doch mehr als 10m konnten wir nicht gehen, da wir auf eine Bullenkette aufliefen. Und jetzt gibts einen wirklich scharfen Kritikpunkt an der SJ (wer hat uns verraten...) Die gesamten SJlerInnen verließen die Demo in dem Moment als die Bullen begannen die Demo einzukesseln. Irgendwie konnte ich aus dem Kessel herausgelangen und schaute etwas abseits dem geschehen

LeserInnen- Reaktionen Diskussion

zu. Was sich im Kessel abspielte können andere sicher besser beschreiben als ich. Außerhalb des Kessels waren viele Menschen über den brutalen Polizeieinsatz empört. Einige Jugendliche "drohten" mit dem Opernball.

Abschließend möchte ich versuchen einige Punkte aufzuzeigen warum ich glaube, daß die Bullen die Demo angriffen.

a) die diversen Aktionen vor der Demo (Angriff auf das Hotel Wimberger auf die Lufthansa...) Bei diesen Aktionen konnten die Bullen niemanden erwischen.

b) Viele neue, der Polizei unbekanntes Gesichter beteiligten sich an der Anti-Räumungsdemo wegen dem Rotstülzchen oder an der Anti-Fa. Demo am 30.9.90. Die Polizei wollte ihre Spitzelakten neu auffrischen

c) Bei der Anti-Fa. Demo am 30.9.90 waren die Bullen über unseren Selbstschutz empört. Sie wollten verhindern, daß wir uns auch in Zukunft bewaffnen (Stöcke, Helme etc.) Laut bürgerlicher Presse wurden ca. 80 "Waffen" beschlagnahmt. Die meisten Waffen waren Schlagstöcke, einige Gaspiestolen aber auch Schraubenzieher und Fahrradketten mußten als Waffen herhalten. Als größter Fang wurde ein Samuraischwert präsentiert. Ich persönlich halte es für schwachsinnig mit so einem Schwert auf eine Demo zu gehen. Die "Waffen" hatten wir deshalb mit, um uns im Falle von Nazi-provokationen angemessen wehren zu können. Die Bullen nahmen unsere Knüppel zum Anlaß um eine bessere Ausrüstung zu fordern. (bögl in einem Interview mit dem Standard vom 13.10.90)

d) Die Bullen wollten ihre Macht demonstrieren. Unter dem Motto - mit den

Chaoten wird auch die SPÖ fertig. Besonders brutal tobten sich die Schläger der Arlarmabteilung gegen Frauen und AusländerInnen aus. Endlich durften sie prügeln, was sie vorher allen Anschein nicht durften.

e) es war eine ANTI-FASCHISTISCHE DEMO und der Großteil der Arlarmabteilungsbullen sind potentielle FPÖ Wähler also Alltagsfaschisten.

Um den 1 Teil abzuschließen, ich halte Demos die von uns organisiert werden nur mehr dann für sinnvoll wenn sich viele Menschen an der Vorbereitung beteiligen. Ansonsten werden die Bullen versuchen uns immer öfters einzuschüchtern uns zu kriminalisieren und unsere Demos angreifen ohne daß wir ihnen etwas entgegengesetzten können.

ANTI-FASCHISTISCHER KAMPF MUSS gleichzeitig ANTI-KAPITALISTISCHER, ANTI-IMPERIALISTISCHER und ANTI-SEXISTISCHER KAMPF HEISZEN !!!

Wir dürfen unseren Hauptfeind nicht in den Nazi-Skins und Hooligans und anderen Nazis sehen. Es ist zwar richtig und auch wichtig sich gegen die Nazis zu wehren und sie von den Straßen zu vertreiben, doch revolutionärer Anti-Faschismus darf sich eben nicht darauf beschränken aktiv gegen Nazis vorzugehen. Wir sollten zumindest in Flugblättern auf Transparenten und in unseren Redebeiträgen daraufhinweisen, daß uns das kapitalistische System in unserem täglichen Leben mehr bedroht als die NAZI-Schweine.

Das kap. System ist für Stadtteilerstörung, Mietwucher und Obdachlosigkeit verantwortlich, es steigert die Arbeitsintensität und die Arbeitssetze und es ist für hundertausende Arbeitslose verantwortlich. Es sind die Politiker von SPÖ, ÖVP und FPÖ die gegen unsere ausländischen Mitmenschen hetzen, die sie als "Wirtschaftsflüchtlinge" abschieben, die Soldaten zur Grenzsicherung abstellen. Und es sind eben nicht nur Nazis die gegen unsere Türkischen und Kurdischen GenossInnen agieren, sondern es ist die Politik der Herrschenden. So wird etwa behauptet, in der Türkei gäbe es kein Kurdenproblem. So wurde auch 1988 der Kurde Ali Sapan an die BRD abgeschoben wo er mit anderen sich vor Gericht verantworten muß weil er Mitglied der PKK sei. So lieferte Österr. Panzer an Chile und Bolivien. In Bolivien wurde mit diesen Panzern gegen streikende und demonstrierende Menschen vorgegangen. Auch viele Österr. Firmen arbeiten eng mit dem rassistischen Regime in Südafrika zusammen oder vergeben Kredite an die Rassisten. Die Österr. Wirtschaft, die Banken und die Regierung unterhalten gute Kontakte zu sämtlichen reaktionären und faschistischen Staaten in aller Welt (z.B. Marroko, Israel, Chile...)

In den letzten Wochen wurde wieder verstärkt über ein Verbot der Abtreibung

diskutiert, Technologien wie die Gentechnologie sind auch in Österreich immer mehr im Vormarsch. Gewalt gegen Frauen und Kinder nimmt immer stärker zu. Die Aufrüstung von Polizei und Militär nimmt immer stärker zu. Dies waren jetzt nur einige sehr oberflächlich skizzierte Auswirkungen des kapitalistischen Systems, die aber zeigen sollen, daß antifaschistischer Kampf nur dann sinnvoll ist wenn er sich gegen Kapitalismus, Imperialismus und Patriarchat richtet. Denn auch die SPÖ verkauft sich als Anti-faschistische Partei, da sie ja die Nazi-Kandidatur verhindert hatten. Aber dies hat halt wenig mit rev. Anti-Faschismus zu tun, genauso wie es zu wenig ist nur gegen Skins und andere Nazis vorzugehen.

WER ZUM FASCHISMUS NEIN SAGT UND JA ZUM KAPITAL DASZ DER DAS NUR ZUM SCHEIN SAGT DAS IST EIN KLARER FALL
kpm.●

Am Dienstag den 6. November findet im Ernst Kirchweger Haus eine Diskussion der Ereignisse vom 5. Oktober 1990 statt. Die "Sozialistische Jugend Margaretens" hat diese Veranstaltung angeregt und auch gleich eine "Erklärung" mitgeliefert, die wir trotz allergrößter inhaltlicher Differenzen abdrucken. Immerhin werden somit ein für alle Mal die Positionen klargestellt!

Erklärung der Gruppe "Vorwärts"-SJ Margaretens zur Antifa-Demonstration vom 5. Oktober:

●1) Die Nichtanmeldung der Demonstration ist weder Schuld der SJ-Wien noch einer ihrer Bezirksorganisationen. Vielmehr erklärte sich ein Genosse aus der SJ 20, ohne jegliche Funktion und Legitimation auf einem Antifa-Plenum (bei dem wegen fehlender Information kein anderer SJ-ler zugegen war) bereit, die Anmeldung vorzunehmen und kam dieser Verantwortung nicht nach. Noch dazu war er minderjährig und konnte diese Verantwortung auch gar nicht übernehmen.

●2) Nach Meinung der Bezirksorganisation Margaretens (im übrigen die einzige Bezirksorganisation, die sich an diversen Antifa-Aktionen beteiligt) war die Terminsetzung der Demo von vorne herein eine zu kurzfristige. Selbst bei reibungsloser Organisation wäre es schwierig gewesen, in diesem kurzen Zeitraum eine machtvollere Demo auf die Beine zu stellen.

●3) Organisatorisch klappte — wegen mangelhafter Strukturen — fast überhaupt nichts. Es blieb ein echter "Insider-Termin", auch von anderen Plenas erfuhren wir leider nichts.

●4) Das Chaos bei der Demo selbst wurde unserer Meinung

nach nicht zuletzt durch das Fehlen eines einheitlichen Ordnerdienstes ausgelöst.

●5) Als die SJ-Wien durch Genossen Weidinger erklärte, an einer allfälligen Demonstration auf keinen Fall teilzunehmen, erklärte die SJ 5, sich nicht von einer allfälligen Demonstration abzuspalten — sich aber an Gewaltaktionen auch nicht aktiv zu beteiligen.

●6) Zur Frage der Gewalt stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sie in dieser Form in der jetzigen gesellschaftlichen Situation in jeder Hinsicht nur dem politischen Feind nützt. Nicht aus Angst um die Gesundheit prügelnder Einsatzleiter lehnen wir Fußtritte gegen sie ab, sondern weil es ihnen Vorwände gibt, ihr Handeln vor den Köpfen der Arbeiterklasse zu rechtfertigen und sich noch wohlwollende Zustimmung zu holen. Gerade bei dieser Demo war ein gewaltsames Vorgehen gegen die Prügelpolizei politischer Selbstmord und auch (vor allem AusländerInnen gegenüber) verantwortungslos. Unsere Aufgabe soll es sein, die Menschen zu mobilisieren — mit einer solchen Strategie und Taktik wird das nie gelingen.

●7) Unabhängig von dieser

Als Teilnehmer an der Antifa-Demo am Freitag, dem 5.10.90 bei der Wiener Staatsoper und als Opfer der Polizei-Gewalt möchte ich Euch den Hergang der Ereignisse, von meiner Sicht aus, zur Kenntnis bringen: Da die lieben Veranstalter aus irgendwelchen Gründen es verabsäumt hatten die Demo anzumelden, war also nur eine Standkundgebung genehmigt. Nach einiger Zeit (von mir und den anderen als Veranstaltungspause mit der Exekutive aufgefaßt) verlauteete ein Demonstrant (den wir für einen von diesen "Organisatoren" hielten): "Wir gehen jetzt zum

Hrdlicka-Denkmal!" Als sich die ersten der Gruppe anschickten, seinen Worten Folge zu leisten und uns kaum 20m vom Gros der Demonstranten entfernt hatten, griff die Exekutive auch schon ein. Innerhalb von wenigen Sekunden waren wir von Polizisten in voller Schlägermontur umkreist. Die Polizisten verschiedener Einsatztruppen (brandsichere Unterhosen und andere Kibaristen...) zogen den Kreis um uns (ca. 30 Leute) immer enger.

Wir wurden aneinander gequetscht und bekamen kaum noch Luft. Die Kleinen unter uns wurden beina-

he zertrampelt. Schmerzensschreie wurden laut. Prügel hagelten auf uns nieder. Einzelne wurden brutal aus dem Kreis gezerrt. Nach einer halben Stunde der einseitigen Gewalt wurden Ausweisleistende aus dem Kreis entlassen. Nicht ohne vorher eine Tracht Prügel abzubekommen. Ich weiß nicht mehr wie, aber irgendwann war auch ich draußen (ohne Ausweis) und wurde an einen "Häfn-Bus" gestellt. Während der Aufnahme meiner Personalien (Name, Geb-ort & Dat., Adr. Staatsbrg.) und Beschlagnahmung persönlichen Eigentums beobachtete ich, wie ein unmittelbar neben mir zusammengeschlagener Demonstrant von 2 Polizisten (graue) mit den Fingern an den Nasenlöchern emporgezogen wurde, sodaß seine Nasenflügel aufgerissen sein dürften. Als sie ihn weiter mißhandelten, sah ich, daß sein Gesicht blutig war.

Originalität des Polizisten "Wos du wohnst im 16. Konnt ma glei a poor Lokale sogn. Wir werd'n no gnuä

Zeit hobn, um si zu unterhoildn."

Sprachs und versetzte ihm einen Schlag mit dem Knie in den Bauch.

Ein anderer mußte sich zwecks Durchsuchung entkleiden. Freunde von mir, die außerhalb des Kessels versucht haben, den Kessel an einer Stelle zu durchbrechen, wurden brutal zusammengeschlagen. Auf die Frage nach der Dienstnummer eines P. antwortete dieser: "666", grinste und schlug auf den Fragenden ein. (Dachte wohl er ist der Teufel oder sonst was in der Richtung)

Mit antifaschistischen Grüßen M.M.●

**LeserInnen-Reaktionen
Diskussion**

Kritik verteilen wir die Handlungsweise der SJ-Wien, sich vorzeitig (!) von der Demo abzuspalten — und so die Demo praktisch zum Abschluß frei zu geben.

●8) Ausdrücklich müssen wir betonen, daß 3 Genossen der SJ 5 bis zum letztmöglichen Zeitpunkt "im Kessel" geblieben waren — allerdings, gemäß unserer Linie — gewaltfrei.

●9) Wir sind zu Diskussionen über die Demo jederzeit bereit.

●10) Wir distanzieren uns ausdrücklich nicht von der Demo und geben dem skandalösen Verhalten der Polizei Schuld an der Eskalation. Wir halten es aber für unbedingt notwendig, künftige Aktionen besser zu organisieren, und sehen unsere Forderungen nach Ordnerdienst und klaren Verantwortlichkeiten und Strukturen in der Antifa-Arbeit bestätigt. Ohne diese Punkte ist unserer Meinung nach das nächste Desaster vorprogrammiert.●

Nicht wie die Schafe zur Schlachtbank führen lassen...!

(zwei Autonominskis)

Der Beitrag über die polizeilich verhinderte Antifa-Demonstration vom 5. Oktober behandelte die Tatsache, daß viele DemonstrantInnen mit Stöcken oder anderem bewaffnet waren, nur am Rande. Wir halten das für einen Fehler. Gründe und Grad unserer Organisierung dürfen nicht verschämt verschwiegen werden, sondern müssen öffentlich diskutiert werden.

Die Fakten müßten politisch Aktiven und regelmäßigen TATblatt-LeserInnen eindeutig bekannt sein:

- Die Demonstration gegen den Opernball am 22.2.1990 wird mehrmals von organisierten faschistischen Gruppen angegriffen. Es werden Menschen mit Messern attackieren, niedergeschlagen, mit Leuchtschurmunition beschossen. Die Polizei wollte oder konnte die Demonstration nicht vor den Faschisten und Hooligans schützen.

- In den folgenden Wochen greifen faschistische Gruppen Linke Treffpunkte an.

- Antifa-Demonstration am 20. April 1990: Eine Gruppe Skinheads versucht, die DemonstrantInnen zu provozieren. Ein Antifaschist wird durch ein Messer verletzt. Zum ersten Mal setzt sich ein Teil der Demonstration offensiv zur Wehr.

- In Linz langen immer häufiger Meldungen von faschistischen Angriffen auf Linke, Punx, ... ein.

- Am 1. Mai wird ein von unabhängigen Linken und Kommunistischer Jugend veranstalteter Maiaufmarsch von Faschisten angegriffen. Vier Personen werden verletzt, zwei davon schwer...!

- Mehrmals treten während einer Demonstration für den Erhalt des Rotstilzchens am 12. Juli 1990 größere Gruppen von Skinheads in Erscheinung.

- In der Nacht nach der Rotstilzchende-monstration greifen Skinheads das besetzte Ernst Kirchwegers Haus an. Den Wider-

stand der Angegriffenen nimmt die Polizei zum Anlaß für einen großen Polizeieinsatz gegen die HausbewohnerInnen.

-diese Liste ist unvollständig! Sie muß schon allein deshalb unvollständig sein, weil sich faschistische Angriffe nicht auf Linke beschränken, sondern VORWIEGEND AusländerInnen, Punx, SandlerInnen, ...treffen.

Welche Ziele verfolgen die — äußerst inhomogenen — faschistischen Gruppierungen?

Das eine faschistische Machtergreifung NICHT bevorsteht, ist klar. Doch die faschistische Gewalt ist vorhanden, nimmt in erschreckendem Ausmaß zu.

Ihre Ursachen sind verschiedenster Art. Sie liegen mit Sicherheit auch in der persönlichen Situation von Jugendlichen, denen der Sinn ihrer Arbeit und ihrer gesamten Lebensumstände innerhalb des kapitalistischen "Kommandostaates" quasi abhanden gekommen ist. Die Suche nach Leitlinien kann fast zwangsläufig nur entlang althergebrachter Muster laufen: Klare Hierarchien, patriarchales Verhalten als persönliches Ideal, Gewalt als einzig praktikierbares Mittel gesellschaftlicher Artikulation....

Das im Detail zu untersuchen, wurde unseren Beitrag sprengen (wird uns aber nicht erspart bleiben!).

Bleiben die spürbaren gesellschaftlichen Auswirkung:

Faschisten "holen" sich einen Teil der Straße, in dem sie ihn von ihren Feindbildern "säubern", also AusländerInnen, Linken, Punx etc. durch Terror "klarmachen", daß SIE bestimmen können, wer hier WIE aussieht und WAS sagt, bzw "Fehlverhalten" sanktionieren können (Krankenhausaufenthalt). Folglich stehen wir vor der Entscheidung, uns entweder vom Straßenbild entfernen zu lassen, indem wir darauf verzichten, uns die Haare bunt zu färben, öf-

fentlich gegen AusländerInnenfeindlichkeit aufzutreten o.ä. (was aber AusländerInnen beispielsweise unmöglich ist), ODER ABER verstärkt Solidarität, Internationalismus und antipatriarchale Inhalte in der Öffentlichkeit vertreten. Eine andere Alternative können wir nicht erkennen.

(Nicht nur) wer sich für zweiteres entscheidet, muß sich über die Gefahren faschistischer Angriffe im klaren sein und sich selbst (und andere) entsprechend davor schützen!

Es Stimmt!

Viele TeilnehmerInnen der Demonstration vom 5. Oktober waren mit Stöcken, Gaspistolen, Reizgassprays, Schienbeinschützern und Helmen "bewaffnet".

Wir wollen und dürfen unseren Schutz nicht aus der Hand geben und ihn schon gar nicht in die Hände derer legen, auf die die oben angeführten Punkte (Patriarchales Verhalten, Bedürfnis nach Hierarchie und Machtausübung, ... wie ihr den in dieser Ausgabe abgedruckten Protokollen entnehmen könnt) ebenso zutreffen wie auf die erklärten Faschisten; die jede nur erdenkliche Möglichkeit nutzen, um ihre Aggression an AusländerInnen, Frauen, Punx, Linken auszulassen....!

Und schließlich: Nicht in die Hände derer, deren gesellschaftliche Funktion doch gerade darin besteht, "Normabweichungen" mit Gewalt zu sanktionieren. Und das IST die Aufgabe der Polizei....

Am 5. Oktober haben die DemonstrantInnen immerhin bewiesen, daß sie eben KEINE SelbstmörderInnen sind. Sie haben trotz der ständigen sexistischen und faschistoiden Beschimpfung seitens der Polizei nicht in den Fehler verfallen, ihre Waffen gegen die ungeheure Übermacht der staatlichen Gewalt einzusetzen. Letztlich ist aber auch klar geworden, daß die Polizeiführung und die erklärten Faschisten die selben Ziele haben: Öffentliches Auftreten soll uns verunmöglicht werden (siehe auch Angriff auf die Radl-Demo vom 19.10 und EBT-Einsatz vom 7.10. gegen BesucherInnen der "grünen"-Wahlveranstaltung).

Abschließend wollen wir noch zu ein paar Einzelheiten Stellung nehmen:

- Wir können nichts dafür, wenn irgendeiner auf die Idee kommt, mit einem zweiklingigen Samurai-Messer auf eine Demonstration zu kommen. Wir können aber so eine Aktion — auch wenn wir sie für völlig daneben halten — verstehen, solange Einzelpersonen Angst vor faschistischen Überfällen haben müssen und keinerlei Strukturen erkennen können, die sie vor ebendiesen schützen würden. Die einzige Möglichkeit, Harakiri-Aktionen (im übertragenen Sinne, jetzt) zu verhindern ist die Schaffung von Strukturen, in denen sich die/der einzelne mit seinen/ihren Ängsten, Vorstellungen und Möglichkeiten einbringen und sich andererseits auch vor Angriffen (egal, ob von erklärten Faschisten oder der Polizei) weitestgehend geschützt fühlen kann.

Leserbrief:

Sehr aufmerksam habe ich die Ausgabe minus 63 gelesen. Der Bericht auf Seite 14 über den Kessel hat mich sehr interessiert. Da hat also vor der Oper eine antifaschistische Demo stattgefunden. Ob diese angemeldet war oder nicht — das ist wohl egal. Aber im Sinne der Meinungsvielfalt lese ich auch andere Zeitungen. In diesem Fall den "Kurier". In eurem Bericht ist zwar viel zu lesen — aber daß die Polizei doch auch eine ansehnliche Anzahl von zum Teil sehr gefährlichen Waffen sichergestellt hat, ist nicht zu lesen (siehe KURIER-Berichte vom Samstag dem 6.10.1990 und Montag dem 8.10.1990)

Ich habe mir so meine Gedanken gemacht: FASCHISMUS — 1919 entstand dieser aus einem Wehrverband, der dann 1921 zur faschistischen Partei wurde....ja, und dann gings halt weiter. Und ein Wehrverband — das liegt wohl schon im Namen — ist eine bewaffnete Organisation.

Meine Frage lautet nun — wie ist es möglich, daß bei einer antifaschistischen Demo eine solche Anzahl von Waffen sichergestellt wird. Ja, und warum wird dies mit keinem Wort in eurem Bericht (außer den Fahnenstangen und dem "Stock" des Punks) erwähnt.

Ich finde einfach, daß man/frau durch einseitige Berichterstattung sehr schnell abgeleitet — vielleicht auf KRONE- oder gar BILD-Niveau.

Auf baldige Antwort hoffend

XY•

Lieber XY!

Dein Vorwurf bezüglich der fehlenden Waffen in unserem Artikel ist berechtigt.

Siehe zu dieser Frage auch den anderen Artikel auf dieser Seite und die Anmerkung auf der nächsten Seite.

• Wir haben auch antifaschistische Aktionen erlebt, die bereits Züge von Blut- ransch (z.T. am 20.4.; siehe oben) in sich tragen. Klar ist, daß wir das nicht gut finden. Aber auch hier müssen wir feststellen, daß die fehlende Diskussion über militante Organisierung den Raum für so etwas schafft. Gemeinsames sich gegen Angriffe zur Wehr setzen ist verpönt. Nicht nur bei der Polizei, und gar nicht einmal so sehr "in der Bevölkerung" (die scheint das eher interessant zu finden), als vielmehr in den Köpfen der traditionellen Linken (von KP und SJ über Grüne und GE bis hin zu SOAL und ähnlichen Splittergruppen). Das führt dazu, daß Menschen, die von Polizei oder Faschisten angegriffen werden, auch von anderen Linken ausgegrenzt, isoliert und im Stich gelassen werden. Und wer sich isoliert fühlt, verliert oft die Fähigkeit, Situationen realistisch einzuschätzen.

• Wir halten nicht alle Polizisten prinzipiell für Faschisten. Wir müssen aber feststellen, daß sich Polizisten bewußt dafür entschieden haben, die herrschenden Verhältnisse mit allen Mitteln zu verteidigen. Sie haben, indem sie gegen jede Störung dieser Herrschaftsordnung vorzugehen bereit sind, die weitgehende Interessensidentität von "staatlichen Autoritäten" und faschistischen Organisationen akzeptiert. Wir haben im Kessel keine Stimme gehört,

die sich gegen den Sexismus der Kollegen aufgelehnt hätte..... Davon, daß vielleicht der eine oder andere am Abend des 5. Oktober mit moralischem Bauchweh ins Bett- lein gestiegen ist, können wir uns nichts kaufen!

Wir fordern euch auf, diesen Beitrag in Gruppen zu diskutieren, euch (auch) schriftlich zu artikulieren und euch mit Fragen der Verteidigung gegen Faschisten praktisch auseinanderzusetzen!

Liebe und Kraft und so..... •

Anmerkung der TATblatt-Redaktion:

Als der Beitrag über die "Kessel"-Demo entstand, waren Redaktionsschluß schon lange vorüber und wir demnach in absoluter Hektik. Zu diesem Zeitpunkt war es nicht abzusehen, daß die "Bewaffnung" der Demonstration in der Medienberichterstattung einen solchen Widerhall finden würde. Von unserer Seite wurde diesem Umstand keine sonderliche Bedeutung beigemessen. In keinem Fall war es unsere Absicht, die Vorbereitungen zum Schutz der Demonstration zu verschweigen oder zu relativieren! •

Betrifft: "Wen wählt die Linke", TATblatt minus 64

Wir fordern die TATblatt-Redaktion auf, sich für die Unterstellungen und Lügen über Positionen der Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt, die in diesem Artikel vorkommen, in der nächsten Zeitung zu entschuldigen. Polemik ist zwar ein wichtiges Mittel der Auseinandersetzung innerhalb der Linken, sie muß jedoch ebenso wie jeder andere Beitrag in Einklang mit den Fakten stehen. Dieser Mindestanforderung einer ernsthaften Auseinandersetzung wird der Artikel jedoch nicht gerecht.

Neben einem verleumderischen Seitenhieb, der nahelegen soll, daß die Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt von der SPÖ finanziert wird, greift der/die AutorIn zum Mittel der Lüge — anscheinend um den Mangel an Argumenten gegen unsere Wahltaktik zu verbergen. So muß ein frei erfundener AST-Genosse im Artikel aufmarschieren, um sodann zu erklären, daß der SPler Nowotny "keine ausländischerInnenfeindliche Propaganda" betreibe. Das ist eine Lüge. Erstens war an diesem Abend kein AST-Genosse zugegen. Zweitens zeigt schon ein flüchtiger Blick auf die Publikationen der Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt, daß die SPÖ nicht nur ausländischerInnenfeindliche Propaganda bezichtigten, sondern auch der Durchführung rassistischer

Maßnahmen (Einreisebeschränkungen, Visapflicht, Grenzschutz; siehe beispielsweise AST 29, S.15).

Die angebliche AST-Aussage ist nicht nur frei erfunden, sondern widerspricht auch der politischen Positionen unserer Gruppe, wie sie in zahlreichen unserer Zeitungen dargelegt sind. Schon ein Mindestmaß an journalistischer Sorgfalt hätte das zu Tage gebracht. Wir hoffen, daß die TATblatt-Redaktion nicht ansteht, diesen Fehler öffentlich einzugestehen und sich dafür zu entschuldigen. Andernfalls sind wir gezwungen, die im Artikel vorkommenden Lügen nicht als Fehler, sondern als bewußte politische Verleumdung zu betrachten und die TATblatt-Redaktion als Gruppe, die ihre Politik auf Lüge und Unterstellung aufbaut.

Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt

Antwort:

Und was es noch zu sagen gäbe:

• Wir halten Polemik nicht für ein wichtiges Mittel der politischen Auseinandersetzung innerhalb der Linken, sondern für deren größten Hindernis. Der kritisierte Beitrag war daher nicht als Polemik, sondern als Ausdruck blanken Entsetzens über die auf dieser Veranstaltung von "Linken" gemachten Aussagen gedacht gewesen!

• Es waren Angehörige der Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt während der Veranstaltung anwesend. Vor dem Veranstaltungssaal verteilten sie Flugblätter, eine AST-Frau rief gleich als erste Rednerin aus dem Publikum zur Wahl der SPÖ auf.

• Wir haben nie nahegelegt, daß AST von der SPÖ finanziert wird (Bitte genau lesen!).

• Die bestrittene Aussage ist in der im TATblatt minus 64 zitierten Form gefallen, und zwar im Verlauf eines Schreiduells zwischen Nowotny und einigen anwesenden Autonomen. Sie ergab und ergibt allein im Zusammenhang mit der unmittelbar zuvor gegebenen AST-Wahlempfehlung für die SPÖ einen nachvollziehbaren Sinn. Da aber Schreiende und Schreibende Personen ident sind, können wir vier Wochen nach der Veranstaltung diese Aussage nicht mehr 100%ig einer bestimmten Person zuordnen. Insofern können wir dem AST-Protest auch nichts entgegenzusetzen!

• Das, was AST verschämt mit den Worten "unsere Wahltaktik" umschreibt, ist nichts anderes als der Aufruf, eine rassistische Propaganda und Praxis betreibende Partei, nämlich die SPÖ, zu wählen und dadurch zu unterstützen. Mit welchen ideologischen Schnörkeln diese Tatsache verziert wird, ist uns ziemlich egal.....
TATblatt

2 Jahre — 40 Ausgaben
gegen das Böse auf der Welt

BETRIFFT TATblatt

Heute feiern wir wieder einmal ein Jubiläum. Das heißt: Wir feiern es nicht, aber ein Jubiläum gibt es trotzdem. 2 Jahre ist es nun her, daß am 26. Oktober 1988 (weniger aus staatstragenden Gründen als wegen Druckproblemen) das erste TATblatt der Welt — die Minus-101-Nummer — erschienen ist. Das vorliegende TATblatt ist das vierzigste von allen TATblättern. Bald ist Halbzeit auf unserem beschwerlichen Weg zur Nullnummer. An die Zweitageszeitung glaubt zwar fast keineR mehr, aber voran geht es trotzdem. Mit allen nur erdenklichen Problemen, freilich. Und damit wären wir auch schon bei dieser Nummer:

■ Das übliche Chaos bewirkt wie immer, daß vieles fehlt, auch angekündigte Artikel, usw. Wie immer: Tschuldigung

■ Ganz viele LeserInnenbriefe erreichten uns zur Antifa-Demo von vor zwei Wochen. Die meisten Beiträge haben wir abgedruckt. Bei einigen war uns nicht klar, ob der Bericht zum Veröffentlichlichen gedacht war, oder als Gedächtnisprotokoll für die Rechtshilfe. Bitte schreibt bei Einsendungen an uns immer ausdrücklich dazu, ob wir es abrücken können/sollen, oder nicht.

■ Einer der Artikel, die unbedingt erscheinen hätte sollen, aber den dann keineR geschrieben hat, ist ein Bericht über unsere rechtlichen Probleme mit der sogenannten „Initiative Neuen Linken“. Aufgrund einer Klage jener „Initiative“ müssen wir in nächster Zeit wahrscheinlich zumindestens für Verfahrenskosten eine größere Summe zahlen. Wir werden einen Artikel dazu so bald wie möglich nachholen — kann ja nicht so schwer sein, mal über uns selbst zu schreiben. Auf alle Fälle brauchen wir dringend Geld (ganz was neues, gell?). Dunkelkammer und Klo wollen wir immer noch einbauen, in unser Büro. Der Fußboden ist inzwischen fertig, für den Fall, daß dies welche interessieren sollte.

Spenden auf unser Konto P.S.K. 7547 212 (lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) kämen uns sehr entgegen.

■ Auf Beschluß des TATblatt-Plenums vom Donnerstag, 18. Oktober 1990 erkläre ich hiermit, daß das Seite-24-Foto vom letzten Mal, daß aus dem Oktoberstreik 1950 in Wien stammte, deswegen ohne erklärende Bildunterschrift geblieben ist, weil mir die Jahreszahl nicht einfallen wollte. Unmengen von Asche auf mein Haupt — wird ganz bestimmt wieder vorkommen.

Das wäre wieder einmal das wichtigste, so in eigener Sache, was mir so eingefallen wäre.

Das nächste TATblatt erscheint am 6. November. Redaktionsschluß für diese Nummer ist am 30. Oktober.

Bis dahin:

ganz viel Liebe und Kraft!

Einer vom TATblatt-Kollektiv

P.S.:

■ Wir suchen immer noch viele HandverkäuferInnen! Pro verkauftem TATblatt gibt's S 5, — Provision. Ruf doch mal bei uns an!

■ **Am Donnerstag, 25. Oktober entfällt das Wiener TATblatt-Plenum ausnahmsweise !!!**

T E R M I N E

LINZ

KAPU:

Do.25.10.,20h: Videoabend & Fest
Sa.27.10.,20h: ALICE DONUT (usa),Dharma Bums Insane (a)

STADTWERKSTATT

Mi.31.10.21h:HALLOWEEN, Erntedankfest mit MUTTERTAG,GOTHOG, FREILUFTKINO
FR.02.11.21h:Postpunkgitarren;WELCOME IDEOTS, DEAD FACTS
+

SCHWERTBERG

KANAL

Fr.26.10.: "FAT" Internationale Weltmusik
Sa.27.10.: "Die Interpreten" Volxmusik aus Bayern
Mi.31.10.: "Extended Versions" & "Marvan Abado"; ein Programm über Palästina

GROSSRAMING

26. Oktober, 18 Uhr:

BENEFIKONZERT FÜR DIE VIEHTALER ALM
mit 7 Sioux, Dharma Bums Insane, Rearl Blues Frizz, Mollies, Steam
genauere Ortsangaben liegen uns da leider nicht vor. Wird aber wohl nicht allzuschwer zu finden sein.

Eintritt öS 80,-

WIEN

EKH (Ernst Kirchwegger Haus), X,Wielandg.2
Mi.24.10.Gesprächsrunde mit Dieter Schrage
"GEWALT-ANARCHISMUS-GEWALTLOSIGKEIT"

Do.25.10. **ANTIFA-FESTIVAL:**
Agnostic Front, Extrem, Apoplexy, TOY FACTORY

So.28.10.21h:ALICE DONUT (usa), SUPPORT,NOT FOR SALE (yug)

außerdem: s jeden So ab 18h **VOLXKÜCHE & SONNTAGSBAR**
(Menüplan wird spontan zusammengestellt)

FLEX

Boiler Live Pool

Mi.24.10. Seven Sioux
Mi.31.10. Stand to Fall
Mi.07.11. Extrem
Mi.14.11. Maz Paniac
Mi.21.11. Fuckhead
Mi.28.11. Naked Lunch
(jedes Konzert 40 Öschis)
außerdem:
So.04.11.:Happy Hour
Di.13.11.:BAD DOWN BOYS

AMERLINGHAUS

Di.23.10.19h: Wiener Nica-Brigadistinnen präsentieren: "LA REVOLUTION VIVE- NI UN PASO ATRAS" (Die Revolution lebt-keinen Schritt zurück)

Di. 30. 10., 19 Uhr

VOLK SZÄHLUNG '91
Kordinierungstreffen für Widerstand dagegen

OFFENES WOHNZIMMER - Autonome Selbsthilfe

ab Di.23.10.jeden Di.: "Die Psychiatrie den Psychiatern - allein!"

"EG-OPPOSITIONS-INFO-CAFE"

Schottengasse 3a/1/4/59

Di.13.11., 10-19h "Tag der offenen Tür im Kritischen EG-Informations&Aktionsbüro" mit Ausstellung, Dias von Aktionen, EG-kritische Videos, Präsentation der bisherigen Arbeit und des Büros, Kaffee und Kuchen, Buffet, 16h: Vorstellung des Arbeitskreises: Sozialpolitik & EG

(ev. weitere: Wirtschaftspolitik, Neutralität, Umwelt)
21h: Fest im B.A.C.H.(16,Bachg.21, mit Band. Vorstellung d. Vereins, Infotisch, Ausstellung...

CLUB INTERNATIONAL Payergasse 14 (beim Brunnenmarkt) 1160 Wien

BLICK.PUNKTE - Zum Verhältnis von Kunst, Wahrnehmung und Erkenntnis
Donnerstag 1.11., 19 Uhr

Gerhard Scheit: **Vom Sinn der Ästhetik im Zeitalter des Medienkapitals**

- Veränderung des Gebrauchswerts durch Kapitalisierung der individuellen Reproduktion: Von der Arbeiter- zur Warenkultur
- Medienkapital, abstrakter Gebrauchswert und postmodernes Denken
- Das verschüttete "Erbe" des Marxismus: Ware und Kultur bei Georg Lukacs und Walter Benjamin; Kritik des Begriffs Warenästhetik (W.F:Haug)
- Ästhetik als Kritik der abstrakten Gebrauchswerte - am Beispiel Pornographie

Donnerstag 1.11., 20 Uhr 30

Siegfried Kaltenecker: **Von Kopfgeburten und Handgreiflichkeiten. Zur Trennungsglogik von Wissenschaft und Kunst**

Das "problematische Verhältnis von Theorie und Praxis", die Aporien bürgerlicher Kultur, das dialektische Verhältnis von Wissen und Mitteilung, das Spannungsfeld zwischen Erkenntnis und Öffentlichkeit - Ansatzpunkte einer ideologiekritischen Reflexion von Kunst und Kommunikation. Anhand der spezifischen Wirkungsweise von Text, Sprache, Ton, Licht und Farbe sollen Ansatzpunkte einer sich öffnenden Kultur-Wissenschaft vorstellbar werden.

Freitag 2.11., 19 Uhr

Edith Almhofer: **Über Notwendigkeit: Wahrnehmung und Identität als Produktionsebenen von Wirklichkeit**

Anlässlich einiger verstreuter Bemerkungen zu einem ganz persönlichen Kunstverständnis soll der Versuch angeregt werden, sich gedanklich an die Orte unserer Bildwelten zu begeben und von dort aus - ohne von deren, in stillem Einverständnis vorausgesetzten Glücksversprechen abzurücken - einen Blick auf die Bedingtheit unserer Weltbilder zu wagen.

Freitag 2.11., 20 Uhr 30

Birge Krondorfer: **Und noch einmal: weibliche Ästhetik?**

Abgesehen von der Diskussion der 70er wird die Problematik anthropologisch "versucht". Die Frage des Unterschieds; das Phänomen des weiblichen "hinter den Kulissen".

Samstag 3.11., 19 Uhr

Elke Schüttelkopf: **Panoptikum - Diskurs über die hohe Kunst des Sehens**
Vom Gewerbe und der Lust zu schauen - einige "spektakuläre" Zugänge zur Inszenierung und Darstellung von Bild-Realitäten. Ein feministischer Streifzug quer durch die Geschichte der Sinnlichkeit: Über des "sittlichen Bürgers Abendschule" und das Gefängnis, über Schlachtfeld und Kino, Peep-show und Zoo.

Samstag 3.11., 20 Uhr 30

Sabine Perthold: **Computerisierte Theaterträume**

Die neuentwickelte Computertechnologie "Cyber-Space" verwischt die Grenzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Es gibt nunmehr eine andere Wirklichkeit, die neue Zusammenhänge herstellt: die strenge Ungebundenheit.

Einige Anmerkungen zu virtueller Wirklichkeit und interaktiver Phantasie an Hand der Thesen des US-amerikanischen Theaterwissenschaftlerin Brenda Laurel.

Samstag 3.11, Ab 21 Uhr 30
FEST

Ankündigung:

Fraueninformationsreise nach Nicaragua
Die ARGE für das freie Nicaragua plant eine Fraueninformationsreise nach Nicaragua. Es werden Frauenprojekte besucht und Gespräche mit politisch aktiven Frauen des Landes organisiert. Die Teilnehmerinnen sollen einen Eindruck in den Alltag der Nicaraguanerinnen bekommen.

voraussichtliche Termine: Abflug 05.02.91
Rückflug 28.02.91.

Anmeldeschluß 5.11.90

Voraussetzung sind zwei Wochenendseminare am 1.u.2.12.90 und am 12.u.13.01.91

Außerdem soll eine Delegation von Nicaraguanerinnen nach Österreich eingeladen werden, um einen Austausch zu ermöglichen. Wir wollen eine Reise durch ganz Ö organisieren, damit sie die Gelegenheit haben, österr. Frauenarbeit kennenzulernen. Im Rahmen dieser Reise wird auch eine Veranstaltungsreihe organisiert, um Gegensätze und Ähnlichkeiten zwischen nicaraguanischen und österreichischen Frauen herauszuarbeiten.

Mitarbeit bei den Vorbereitungsarbeiten ist in allen Bundesländern erwünscht.

Kontakt: ARGE für das freie Nicaragua, Stiftg. 8, 1070 Wien oder Martina Schöberl
o222/4021840

\$\$\$

Prozeß:

8 November, 11 Uhr 15

1080: Florianigasse 8, Saal 11 (3.Stock)

Prozeß gegen Georg W. (auf der Opernball-Demonstration festgenommen, weil er angeblich mit einem Bambus-Rohr die Scheiben einer BILLA-Filiale eingeschlagen haben soll)

Das TATblatt

ist ein 14-tägig erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen,....eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr DAS PLENUM AM 25. OKTOBER ENTFÄLLT AUSNAHMSWEISE !!!

TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastellfeldgasse 34/16

TATblatt-Linz: Treffen jeden Mittwoch um 19 Uhr im KAPU (Kapuzinerstraße 36)

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

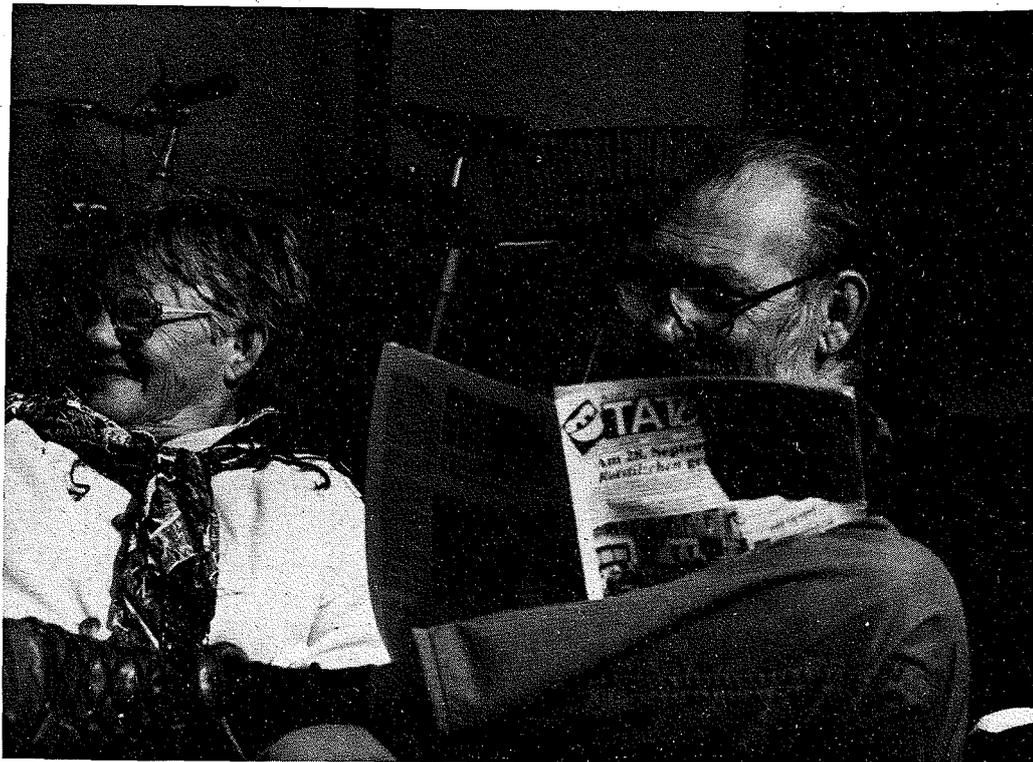
MedieninhaberIn, HerausgeberIn, HerstellerIn und VerlegerIn:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck



...und im Einzelnen:

WIEN 1: ● BH Brigitte Hermann (Grünnergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntnerortpassage – beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stiegengasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 12:** ● FLEX (Arndtstraße 51) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 18; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Ci: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21)

GRAZ: ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzen-dorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16)

LINZ: ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz)

INNSBRUCK: ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21)

SCHWERTBERG: ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21)

SCHWAZ IN TIROL: ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand Oktober 1990.